

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

148 (28.6.1913) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Quotestell. monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 7/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten.

Der fall Hauptmann und die Parteipresse.

Man schreibt uns:

Das tragikomische Schauspiel, wie ein großer Dichter von der mit seinem Stück unzufriedenen und nach derber, patriotischer Massage ihrer Fettherzen dürstenden Menge nicht von den Brettern heruntergeholt werden kann, dann aber von einem Kronprinzen, der auch schon ein Büchlein geschrieben hat, zur Strecke gebracht wird, hatte zunächst nur seine epische Bedeutung als Sommernachtsstraum aus dem großen Krähwinkel, zu dem sich das „geistige Deutschland“ immer mehr entwickelt. Gerhard Hauptmann hat, nachdem er vom Breslauer Magistrat unter bedauernden Verweigungen als Festdichter abgelehrt war, allerhand geschickt redigierte und mild pointierte Zustimmungstelegramme erhalten und darauf in der weltfremden Sprache eines Suchers und Sehers, der sich plötzlich aus einem halbgottähnlichen Zustand in den Lärm des Marktes gerissen sieht, geantwortet.

Aber eines kann auch dem oberflächlichen Beobachter nicht verborgen bleiben: so eisen das Band ist, das die Feinde des Dichters eng umschließt, vom letzten Kriegereinsparat an, der sich im Geiste schon die Hemdärmel aufstülpte, bis hinauf zu den geistigen Kostgebern des Adels, so zurückhaltend ist der Sündenbrud, mit dem die auf Seite Hauptmanns stehenden sich auf dem gemeinsamen Entzündungsmarsh gegen diese letzte, deutsche Blamage begreifen. Die Verteidiger deutscher Geistesfreiheit haben keine rechte Freunde an einander.

Aber noch mehr. Sie haben auch keine rechte Freunde an Gerhard Hauptmann selber. Besonders unsere Parteipresse ist voll von kritischen Bemerkungen gegen den Dichter. Diese kritischen Glosse entpringen einer seltsamen und unerquicklichen Stimmung, die nebelhaft hin und her wogt zwischen verhaltener Rühle, wie man sie einem Abtrünnigen entgegenbringt, einerseits, und dem fast schmerzlich ausgesprochenen Wunsch andererseits: Wenn er doch anders wäre, dieser Gerhard Hauptmann! oder — wie es wörtlich im Schlusssatz des dieser Tage durch einen Teil der Parteipresse gegangenen Artikels „Die Tragödie Hauptmann“ hieß: „Wenn er ein geistiger Führer im Kampf gegen bornierte Unzulänglichkeit geworden wäre, wie gerne würden wir ihm dann folgen!“

Wenn beim ersten Auftauchen der Nachricht von der Aktion gegen Hauptmanns Festspiel unsere Parteiblätter die größere Konsequenz fast durchweg auf Seiten der Kriegereinsparatien fanden und sagten, Gerhard Hauptmann habe wissen müssen, was seine Auftragsgeber von ihm erwarteten, so war das verständlich und richtig. Aber seitdem bekannt geworden ist, daß Hauptmann seine Auftragsgeber nicht weniger als fünfmal vor sich selbst gewarnt hat, steht er vor jedem unvoreingenommen Denkenden vollständig gerechtfertigt da. Er hatte alles getan, um seine Auftragsgeber wissen zu lassen, was sie von ihm zu erwarten hatten und es muß laut ausgesprochen werden, daß der Dichter der „Weber“ und des „Wiberpelz“ seine aufrechte, demokratische Gesinnung keinen Augenblick verleugnet hat, als nach einigen Jahren des Schweigens auf anderen dichterischen Gefilden von selbst die Gelegenheit an ihn herantrat, ein öffentliches politisches Bekenntnis seines Innersten abzulegen. Es ist jetzt, nachdem der Text des Festspiels bekannt ist, kein Zweifel daran möglich, daß wir es hier, abgesehen vom poetischen Wert, mit einem dichterischen Werk voll hohen Mannesmut und großer historischer Wahrhaftigkeit zu tun haben.

Nun hat aber Gerhard Hauptmann in einem Antworttelegramm an die Abiender einer Sympathieumgebung im deutschen Gegenatz zu der Gnade des Kaisers, die er gerne entbehre, von der Gnade dessen gesprochen, der allein Gnade zu vergeben hat. Daran hat nun besonders der „Vorwärts“ Anstoß genommen und im Anschluß daran mit einiger Geringschätzung von der herrenhütischen Mystik gesprochen, die Gerhard Hauptmann nun einmal, im Wite liege. Andere Parteiblätter haben anstatt solcher uns etwas hochmütig dünkenden Duldung Worte schroffen Tadel für Hauptmann wegen seiner Neuerung gehabt.

Da möchte ich nun einmal allen Ernstes fragen, ob man glaubt, hiemit im großen Kampfe gegen geistige Intoleranz jeder Art besonders konsequent oder geschickt gewesen zu sein? Die Achtung jeder religiösen Ueberzeugung muß eine Grundforderung für jeden Sozialdemokraten sein, wenn sie nicht von selbst der persönlichen Empfindung entspringt. Um wieviel mehr, wenn es sich um einen Mann handelt, der sich längst über jeden konfessionellen Standpunkt hinausgehoben hat und nun einmal für nötig findet, zu bekennen, daß er die Quellen seiner Dichterkraft als im Unendlichen ruhend verspürt?

Ist es nicht ein wenig engherzig und intolerant, wenn man Hauptmann, der als Verfasser von: „Vor Sonnenaufgang“, „Die Weber“, „Fuhrmann Henschel“, „Der Wiberpelz“, „Rose Bernd“, ein Dichter des Proletariats genannt und als solcher gefeiert wurde, mit der Laune eines milden Sohns übergossen wird in dem Moment, wo er, der Möglichkeiten aller Mißverständnisse unerschrocken auch den Mut besitzt, sich zu

einem mythischen Unendlichkeitsglauben zu bekennen, ohne seine republikanische Erdemüberzeugung zu verleugnen?

Wir wissen wohl, daß Gerhard Hauptmann sich einmal in einer Periode befand, wo er von dem in Musik gesetzten schwülmerglichen Christentum Richard Wagners benebelt war. Aber abgesehen davon, daß namhafte zur geistigen Elite unserer Partei gehörende Genossen sich auch noch nicht aus den Fesseln des alten Barfival-Zauberers losgemacht haben, — weshalb denn pharisäisch die Achseln zuden über einen, der die Welt als Dichter sieht und den es hinreißt, die ganze Welt kennen zu lernen? Besser wäre doch, stille sein zu Entwicklungsstadien, die mancher nur deswegen mit all ihren Gefahren nicht durchgemacht hat, weil nie die Gelegenheit dazu an ihn herantrat.

Warum denn den einzigen deutschen Dichter, dessen Horizonte weiter sind, als die aller andern, trotz seiner immer wieder einmal an den peinlichen Grenzen der Unzulänglichkeit großen Stils hinstreichenden mit den Symptomen einer Uebergangszeit behafteten Persönlichkeit, durch hochmütige und engherzige Kritik aus dem einzigen Lager ausschließen, in dem er sich, wenn auch nur als Gast, noch am wohlsten fühlen kann? Haben wir einen solchen Ueberfluß sozial tief empfindender Dichter, daß wir uns den Anschein geben dürften, als könnten wir aus dem Vollen Wirklichkeiten und bräuchten unsere Kunst nur denen zu schenken, die auch parteipolitisch ganz hakenrein sind?

Es ist von unserer Seite im Falle Hauptmann auch der alte echte deutsche Fehler gemacht worden, Hauptmann mit andern, großen Dichtern des Auslands und ihrer Stellung im geistigen Leben ihrer Völker zu vergleichen; so mit Anatole France und Leo Tolstoi. Natürlich ist der Vergleich zu Ungunsten Hauptmanns ausgefallen. Daß von den beiden genannten Dichtern Tolstoi ein ausgesprochener, klarer Gegner des Sozialismus war und z. B. von den russischen Parteigenossen, ja auch von sehr vielen deutschen gar nicht besonders ernst genommen wurde, sei nur nebenbei erwähnt. Es berührt aber peinlich, den größten Mystiker unter den modernen Dichtern in einer Zeit gegen Gerhard Hauptmann angeführt zu sehen, wo man dessen Wort von der Gnade Gottes als verächtlich empfindet. Mit wie unendlich viel mehr Recht könnte man ihn einen Rechtfertiger Hauptmanns nennen!

Emil Vandervelde hat vor einigen Jahren einmal die Grenzlinien zwischen den kritischen Realisten im Sinne Kant's und den intuitiven Glaubensbedürftigen im Sinne Spinozas gezogen, gezeigt, wie beide Arten der Weltanschauung gerade innerhalb der Partei psychologische Notwendigkeiten sind; und kein Bedenken getragen, sich bei allem Verständnis für die dialektischen Bedürfnisse der kritischen Realisten doch zu den Sozialisten — sagen wir — des intuitiven Schauens und der ursprünglichen Empfindung zu zählen. Mir scheint, daß etwas von der verhaltenen Glut solcher Weltanschauung berührt oder unbewußt in der halben Million der belgischen Arbeiter gesteckt hat, die bei dem großen Generalstreik jene stahlharte Gelassenheit und unerschütterliche Ruhe zur Schau trugen, die wir alle so sehr bewundern und deren bei allem Schwung doch zentripetale Kraft in Folge unserer ständigen, kritischen Zerfaserung aller Erscheinungen uns Deutschen so sehr fehlt.

Aber wie dem auch sein mag, die Behandlung des Falles Hauptmann in der Parteipresse hat gezeigt, daß wir beim Kampf gegen die bornierte Intoleranz unserer Gegner gut tun, zunächst die letzten Reste eigener Intoleranz für immer aufzugeben. Nur der Freie kann andere zur Freiheit führen. A. F.

Eine treffende Standrede für die fortschrittliche Volkspartei

läßt in der „Berliner Volkszeitung“ einer ihrer besten Köpfe los, Dr. C. Witte (Kostock):

Innerhalb und außerhalb der fortschrittlichen Volkspartei beginnt man allmählich einzusehen, daß deren Reichstagsfraktion bei einer Zustimmung zu dem Vermögenszuwachssteuerkompromiß sich auf einem durchaus falschen und durchaus unnötigen Wege befindet. In weiten Wählerkreisen, in wirtschaftlichen Verbänden aller Art, im Landeshand macht sich entschiedener Widerspruch gegen die völlig falsche Auffassung der politischen Lage durch Erschließung einer unverständigen und drückenden Steuer bemerkbar. Die Ordnung der Finanzverhältnisse auf solche Weise, daß alle die sogenannten bürgerlichen Parteien sich gegen die Sozialdemokratie auf eine im höchsten Grade unliberale Vermögenszuwachssteuer einigen, ist so ziemlich das Unerhörteste, was in heutiger Zeit geschehen kann.

Die Situation ist einfach und klar. Eine Reichsvermögenssteuer ist angesichts des Widerstandes der Reichsregierung, vor allen Dingen des Widerstandes der Bundesstaaten, die auf eine solche Steuer im Interesse ihrer eigenen inneren Angelegenheiten nicht verzichten wollen, zunächst undurchführbar. Es bleibt die Erbschaftsteuer, die unter verständigen Gesichtspunkten betrachtet, eine gerechte und erträgliche Steuer ist. Die Erbschaftsteuer wird von den Besitzenden gezahlt. An allen Ländern, in denen sie einaufgeführt ist,

— ich verweise auf England, — bringt sie reiche Erträge, solche Erträge, mit denen die Forderungen der deutschen Wehrvorlage zu einem erheblichen Teile gedeckt werden könnten, natürlich unter der Voraussetzung, daß endlich auch einmal der landwirtschaftliche Großgrundbesitz mit seinen bisherigen Steuerangaben unter die Lupe genommen wird.

Weshalb ist nun der Liberalismus nicht im Reichstage mit dieser Erbschaftsteuer herausgekommen? Da liegt gerade das überaus jämmerliche der augenblicklichen Situation! Warum nicht? Weil die fortschrittliche Volkspartei, weil deren Reichstagsfraktion in sich die Keime einer aufsteigend unerschütterlichen Rückwärtsbewegung trägt; weil deren führende Elemente insbesondere das Verfinstern noch immer nicht gelernt haben, daß das Ziel und die Zukunft des deutschen Liberalismus im konsequenten Zusammengehen mit der Arbeiterpartei liegt.

Schon bei den preussischen Landtagswahlen konnten die Fortschrittler kein anderes Programm finden, als sich mit den Nationalliberalen zu verbinden und jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in der Hauptsache weit von sich zu weisen. Der Erfolg war, daß die einzige Partei, die bei den Landtagswahlen etwas besser abgeschnitten hat, die Nationalliberalen sind; und diese bestehen im preussischen Landtag aus altnationalliberalen, aus fast rein konservativen Elementen, auf die man sich im Ernstfalle niemals stützen kann! Aber die fortschrittliche Volkspartei will nichts lernen. Sie schießt noch heute so weit als möglich nach rechts, sie will regierungsfähig bleiben, sie will mit den Nationalliberalen, mit den Konservativen und, wenn es nötig ist, auch mit dem Zentrum eine Blockpolitik traurigen Andenkens in vergrößertem Maßstabe machen. Dieses Schielen nach einer bürgerlichen Blockpolitik wird die fortschrittliche Volkspartei schließlich ruinieren, wenn nicht die Wähler im Lande ein Einsehen haben und nur solche Leute in den Reichstag senden, auf die man sich unter allen Umständen verlassen kann.

So erklärt sich mit Leichtigkeit das Vermögenszuwachssteuerkompromiß. Die wenigen noch aufrecht stehenden Persönlichkeiten in der fortschrittlichen Fraktion werden nicht gehört. Es herrscht nur der eine Wille, recht sahm zu sein, regierungsfähig zu bleiben, und nur nicht mit den „Unpatrioten“, den Sozialdemokraten, im Jahre 1913, hundert Jahre nach den Befreiungskriegen, zusammenzugehen. Nur nicht in den Ruf kommen, daß auch einmal ein verständiges und klares Geseß zusammen mit den Radikalen geschaffen wird! Aus diesem Grunde allein führt man wichtige und Erfolg bringende Schritte nicht aus; deswegen gibt man ohne Bedenken preis, was mit Glück im Reichstagswahlkampf begonnen ist. So schafft man Geseße, die uns teuer zu stehen kommen werden.“

Die Junker und die Reichssteuer.

Die Beschlüsse, die der Reichstag zur Deckung der Militärvorlage gefaßt hat, sind in vielen Einzelheiten anfechtbar. Sie hätten zweifellos besser ausfallen können, wenn die Nationalliberalen den Mut aufgebracht hätten, auf die Mithilfe des Zentrums zu verzichten und mit den Sozialdemokraten und Fortschrittlichen zusammen die ganze Steuerreform auf die gesunde Grundlage der Erbschaftsteuer zu stellen. Dadurch wird aber nichts an der Tatsache geändert, daß das Ganze der Steuerreform eine Niederlage der Konservativen darstellt.

Mit Rücksicht auf die Rechte ist auf die Wiedereinbringung einer selbständigen Erbschaftsteuer verzichtet worden. Aber die Junker haben es nicht verhindern können, daß das Kindeserbe als Vermögenszuwachs, wenn auch zu mäßigen Sätzen, versteuert wird. Die Reichsvermögenssteuer, die die Sozialdemokratie ebenso gern genommen hätte wie die Erbschaftsteuer, ist am Widerspruch der Bundesstaaten gescheitert, dafür ist aber die Vermögenszuwachssteuer gekommen, die doch schließlich auch eine Vermögenssteuer ist, wenngleich keine gute.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Das Reichsvermögenszuwachssteuergeseß ist tatsächlich der erste Schritt zu einem allgemeinen Reichsvermögenssteuergeseß und auch zu einem Reichseinkommensteuergeseß. Das kann nicht bestritten und nicht verkannt werden.

Mit Verlaß, das Zuwachssteuergeseß ist nicht der erste Schritt auf diesem Wege, wohl aber der zweite. Der erste Schritt ist der Wehrbeitrag. Denn was besagt das Geseß über den Wehrbeitrag, wenn man von allem Grimborium der Ueberschrift, von der sogenannten „einmaligen Abgabe“ abliest? Es besagt, daß in den nächsten drei Jahren von den größeren Einkommen und Vermögen im Deutschen Reich eine Steuer, eine richtige Einkommen- und Vermögenssteuer, erhoben werden wird. Und diesen ersten bedeutungsvollen Schritt haben die Junker mitgemacht, wenigstens ist bis jetzt nichts davon bekannt, daß sie beabsichtigten, in der dritten Lesung gegen den Wehrbeitrag zu stimmen.

Mit der Erklärung des Herrn v. Seydewitz, daß die Konservativen einem Parlament des allgemeinen Wahlrechts niemals eine allgemeine Besitzsteuer in die Hand

Handwritten notes and advertisements on the left margin, including 'Buch & Co', 'Fussball-Club Mühlburg', and 'Verein für Rasenspiele'.

geben würden, ist eine derartige Haltung doch nur schwer zu vereinbaren. Aber da das Wehrbeitragsgesetz von der Regierung eingebracht worden ist, können sich die Junker den Luxus einer Ablehnung eben nicht leisten. Das zeigt, daß auch diese knorrigen Geleiten gezwungen sind, mit den bestehenden Machtverhältnissen zu rechnen. Sie sind froh, durch die Schätzung des Vermögens nach dem Ertragswert ihre pekuniären Interessen leidlich gesichert zu haben, auf Grundzüge aber pfeifen sie. Und damit zeigen sie, daß sie sich auf einem absteigenden Ast der Entwicklung befinden.

Kommt der zweite Schritt, die Vermögenszuwachssteuer. Gegen die markiert man noch immer Bedenken. Ob diese Bedenken bis zur dritten Lesung vorhalten werden, ist allerdings äußerst fraglich. Denn die Ausföhrungen, daß die Vermögenszuwachssteuer durch einen im Sinne der Junker besseren Entwurf ersetzt werden könnte, sind verweist gering. Wenn mit Recht darauf hingewiesen wird, daß die Zuwachssteuer nur die Rücklagen erhöht, nicht aber den unter Umständen viel größeren vergendeten Gewinn, so folgt daraus doch wiederum nur, daß es richtiger wäre, statt des Zuwachses das Vermögen, den Erb-anfall, das Einkommen selbst zu besteuern. Wird das Vermögenszuwachssteuergesetz jetzt beschlossen und später, wie nicht unwahrscheinlich, wieder beseitigt, so kann an Stelle dieser widerspruchsvollen Kombination von Vermögens-, Erb-anfall- und Einkommensteuer doch nur die selbständige Einführung einer dieser Steuern, wenn nicht alles zugleich treten. Und diese Frage wird in dem Augenblick aktuell werden, wenn die dreijährige Gültigkeitsdauer des Wehrbeitragsgesetzes abgelaufen sein wird. Dann wird man eine Ueberficht über die möglichen Erträge dieser Besteuerungen haben, und der Gedanke wird sich von selbst aufdrängen, daß es viel besser und einträglicher ist, diese Aufgaben weiter zu erheben, als aus zweifelhaften und mühevollen Berechnungen die verhältnismäßig kümmerlichen Erträge einer Zuwachssteuer zu ziehen. Dann wird die Stunde der Zuwachssteuer geschlagen haben, und auch für die Erb-anfallsteuer wird dann der Weg frei sein.

Vergeblich also suchen die Junker ein Mittel zu finden, um das Reich in die gute alte Zeit zurückzuführen, in der nur die elende Steuerzahlerleihe für die Kosten des Militarismus aufzukommen hatte. Und dabei will es noch die Ironie des Schicksals, daß die einzige indirekte Steuer, die durch die Deckungsvorlagen zwar nicht neu eingeführt, aber entgegen gegebenen Versprechen in der alten Höhe beibehalten werden soll, gerade diejenige Verbrauchsabgabe ist, die den Junkern am allerwenigsten in den Kram paßt. Von einer Erniedrigung der Zuckersteuer versprechen sie sich erhöhte Gewinne aus dem Rübenbau und der Zuckerindustrie. Und während sie sonst indirekte Steuern nicht genug bekommen können, treffen sie in dem Wunsche nach einer Ermäßigung der Zuckersteuer mit der Sozialdemokratie zusammen.

Die Nationalliberalen hatten es in der Hand, den Konserverativen eine zerschmetternde Niederlage zu bereiten, indem sie der Erb-anfallsteuer zur Annahme verhalfen. Das haben sie nicht getan, und die Junker sind durch ihre Gnade von dem schwersten Schlag bewahrt geblieben. Aber wenn Herr Schiffer den Konserverativen ein Kompromiß versprochen hat, bei dem er zwischen den bürgerlichen Parteien weder Sieger noch Besiegte geben wollte, so ist diese Verheißung doch nur zur Hälfte wahr geworden. Es gibt keine Sieger, denn die Nationalliberalen haben den Sieg, den sie schon sicher in Händen hatten, wieder preisgegeben. Aber es gibt trotzdem Besiegte, und das sind die Konserverativen, die den Kompromiß ihrer Steuerpolitik über Bord geworfen haben und mit gebrochenem Mast einer unsicheren Zukunft entgegenstreben.

Deutsche Politik.

Der Universitätsprofessor von Pappes Gnaden. Als Nachfolger von Professor Baumert ist, wie die „Tägl. Rundschau“ erzählt, nunmehr als Ordinarius für Philosophie Prof. Dr. Arthur Schneider von der Universität Freiburg i. Br. nach Straßburg berufen worden. Prof. Schneider ist, wie der „El-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaifer.

34 (Fortsetzung.) (Nachdr. verb.)

Der alte Peter war vom ersten Tage an bei Asmussen tätig gewesen. Infolgedessen gab es für ihn im Hause keine Autorität, nicht einmal Asmussen selber. Peter war fest überzeugt, daß die Wirtschaft ohne ihn niemals zustande gekommen wäre. Als er von Dagmars Lichtigkeit hörte, hatte er verächtlich ausgespuckt. Er haßte jede Wirtschaftlerin; es war gegen alle Natur, daß ein Frauenzimmer etwas zu sagen haben sollte. Dagmar hatte ihn aber doch herumgekrigt. Er war nämlich früher am Krankenhaus Knecht gewesen und hatte aus jenen Tagen einen medizinischen Raptus zurückbehalten. Es starb kein Mensch, ohne daß Peter den Sterbefall kritisierte und die modernen Kerzte als geschneigte Affen hinstellte. Er hatte vor allem eine Medizin, die eine reine Wundermischung genannt werden mußte. Wenn ein Pferd krank wurde, schmierte er es damit ein. Wenn Asmussen aber den Tierarzt holte, ging er bissig und wütend umher und prophezeite ein größliches Ende. Wenn das Pferd trotzdem gesund wurde, hatte seine Medizin den Buscher von Arzt geschlagen. Es war der Schmerz seines Lebens, daß sich mit dieser Medizin kein Mensch einreiben lassen wollte. Er lebte ordentlich auf, wenn jemand Zahnschmerzen kriegte. Wenn er aber mit der Medizin kam, lief der Patient ihm weg.

In diesem Punkt war Dagmar unliegsam vernünftig gewesen; sie hatte sich die Boden ruhig einreiben lassen, und als die Schmerzen sofort verflohen, hatte sie ihm einen gestickten Tabaksbeutel geschenkt. Ein Frauenzimmer war sie ja trotz alledem, aber sie war viel vernünftiger als die anderen, das räumte Peter unumwunden ein. Dagmars Schmerzen hatten nun freilich leicht verfliegen können, da sie gar keine hatte. Das mußten die Mägde, die sich über den Schmerz halb tot lachten wollten, das mußte aber Peter nicht, der wie ein Sieger durch den Hof ging.

In Gastzimmer hatte Dagmar für das Gefunde gedeckt; die Gäste am heißen Abend ausgeschloffen. Der Tisch

„faffer“ zu melden weiß, überzeugungstreuer Katholik. Mit seiner Berufung wurde dem Geheimvertrag mit der Kurie dollauf Rechnung getragen.

Die Wissenschaft ist trotzdem „frei“!

Der Kampf um Rabens Reichstagsmandat beginnt. Nach einer Meldung der „Tägl. Rundschau“ werden im vierten sächsischen Reichstagswahlkreise die Reformen mit den Konserverativen voraussichtlich wieder zusammengehen und mit Unterstützung der deutsch-sozialen Partei einen gemeinsamen Kandidaten in dem durch Rabens Tod verwaisten Reichstagswahlkreise Dresden-Neustadt aufstellen. Von der fortschrittlichen Volkspartei wurde der Rechtsanwalt Friedrich Klappel wiederum als Kandidat aufgestellt, der 1912 auch die Unterstützung der Nationalliberalen fand.

1912 wurden, wie wir nochmals mitteilen wollen, 31 640 sozialdemokratische, 13 983 antimilitärische, 7889 fortschrittliche und 319 Zentrumstimmen abgegeben.

Entschädigung der Schöffen und Geschworenen. Eine Korrespondenz meldet: „Im Bundesrat werden gegenwärtig die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz betreffend die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen beraten. Es ist bekanntlich davon abgesehen, die Höhe der Entschädigung durch das Gesetz festzulegen, weil dabei nicht nur Tagegelder, sondern auch Entschädigungen für Uebernachten und die bisher durch die Landesgesetzgebung geregelten Reisefkosten in Betracht kommen. Es sind somit sehr ins einzelne gehende Vorschriften erforderlich, deshalb ist die Bestimmung ihrer Höhe dem Bundesrat übertragen. Seine Verordnung dürfte schon sehr bald veröffentlicht werden.“

Der Meininger Landtag wird am 30. Juni zu einer wahrscheinlich nur kurzen Tagung zusammentreten. Als hauptsächlichste Vorlagen werden ihm die Bewilligung von 60 000 Mk. zum Bahnbau Weidhausen-Neustadt bei Roßburg zugehen, auch soll dem erst kürzlich beschlossenen Vermögenssteuergesetz eine bestimmtere Fassung gegeben werden.

Militärpersonen als Kollektanten. In den vergangenen Tagen sind der Militarismus, die Mehrforderungen der Regierung an Geld und Menschenmaterial, Gegenstand eingehender parlamentarischer Debatten gewesen. Nicht nur von sozialdemokratischer Seite, sondern auch aus den Reihen der bürgerlichen Parteien wurde scharfe Kritik geübt und Veseitigung alter überlebter Einrichtungen gefordert. Der Kriegsminister hatte einen schweren Stand. Ganz besonders nachdrücklich wandte er sich gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Verfürgung der Dienstzeit, trotzdem zugegeben werden mußte, daß die große Zahl der Offizierskandidaten in einem Jahre hinreichend ausgebildet würden. Soldaten finden aber nicht nur als Streifbrecher, als „Mädchen für alles“ und noch mehr, ohne Schaden für ihre Kriegstüchtigkeit Verwendung. Nein, man hat jetzt noch eine andere neue Beschäftigung für Soldaten gefunden. Und diese Neuerung ist in Kotibus in Erscheinung getreten. Dort durchziehen seit einigen Tagen Gefreite vom 52. Infanterieregiment, jeder ausgerüstet mit einer großen Sammelkiste, die Straßen der Stadt, um im Auftrage des Herrn Major Behr — der gleichzeitig Mitglied des nationalen Jugendpflegeverbandes Kotibus ist und Kriegsspiele ausarbeitet und leitet — Haus für Haus freiwillige Gaben zum Besten der Jugendwehr einzusammeln.

Militärpersonen als Kollektanten! Was sagt wohl der Kriegsminister dazu?

General v. Wandel und die Gastwirte. Bekanntlich suchte sich General v. Wandel bei Besprechung des Militärverbots gegen die Angriffe des Genossen Dr. Frank dadurch zu verteidigen, daß er behauptete, ein deutscher Wirteverband mit über 100 000 Mitgliedern billige unter gewissen Voraussetzungen das Militärverbot, und als am anderen Tage Genosse Frank ein Protesttelegramm mehrerer Wirteverbände und Innungen verlesen wollte, wurde er auf den Einpruch des Konserverativen Grafen Westphal daran gehindert. Am Mittwoch fand nun in Trier der 21. Bundesstag deutscher Gastwirte statt. Der Vorsitzende (Kämpf-Weipzig) erklärte, er habe die Eingabe an das Reichstagsministerium zwar unterschrieben, aber von ihrem Inhalt keine Kenntnis genommen. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß der General v. Wandel den Sinn des Schriftstücks unrichtig wiedergegeben hat, da er nur einen Teil des Schreibens verlesen habe. Tatsächlich sei nur gebilligt worden, daß während der Dauer einer sozialdemokratischen Versammlung eine militärische Sperrung eintrete. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die bedauert, daß die Bundesleitung ihre Unterfertigung zu der bedeutenden Petition gegeben hat, und verlangt, daß der Militärverbot für alle deutschen Wirte aufgehoben wird.“

General v. Wandel wird also bis zur dritten Lesung der Militärverordlung eine neue Ausrede für den Skandalösen Mißbrauch des Militärverbots suchen müssen.

Es war eine kurländer Pfeife, aus echtem Meerfchaum und mit silbernem Beschlag. Peter stunte. Die Sache kam ihm zu plötzlich. Er räusperte sich zunächst entschieden, weil er nichts zu sagen wollte. Seine Würde war in Gefahr; er hätte um ein Haar Freude und Ueberduldung veratet. Glücklicherweise kam es nicht je weit. Es bligte ihm durchs Gehirn, daß die Pfeife vielleicht im Innern Mängel haben könnte. Er schraubte sie also mit gelassenem Ernst auseinander; noch hatten sie ihn lange nicht! Er prüfte jeden Teil und besah jeden Schraubengang. Es war alles tadellos, alles brillante Arbeit. Unter diesen Umständen mußte er seine Reserve doch etwas aufgeben. Es ging nicht anders.

„Das ist, hol mich der Satan, ein heutzutage Ding; nicht so'n Nürnberger Kram, wie man ihn reutzutage hat.“ Asmussen und Dagmar tauschten einen lächelnden Blick. Es geschah nicht oft, daß Peter so mit der Anerkennung um sich warf.

Schließlich waren die letzten Händedrucke getauscht. Peter hatte seine Kurländer gleich gestopft, was er als einen neuen Beweis seiner Zufriedenheit aufgefaßt haben wollte. Nun kam Asmussen an die Reihe. Dagmar gab mit ihm nach oben. Die Beschenkten blieben bei ihren Gaben allein.

Dagmar eilte mit stinken Weinen die Treppe hinauf. Sie war voller Ungebuld und Erwartung. Asmussen folgte langsam; er zeigte ein stiller, aber leicht überlegenes Lächeln. Es war ja im Grunde etwas Kindliches mit all diesen Ueber-raschungen, aber schön war es ja doch.

Dagmar stand schon ungebüldig an der Tür; Asmussen war auf der Treppe etwas zurückgeblieben.

Als sie mit einem Schläge die Tür öffnete, blieb er wie angewurzelt stehen. Er riß die Augen auf, als hätte sich unerwartet eine neue Herrlichkeit aufgetan. War in diesem Zimmer ein glänzendes Reich entkanden? Das ganze Zimmer schien ein Meer von Licht zu sein. Auf einem Tisch in der Ecke stand der brennende Weihnachtsbaum. Der Tisch war weiß behangen, mit Gaben bedeckt und mit Gewinden von frischen Blumen geschmückt. Der runde Tisch vor dem Sofa schimmerte in schneigem Vinnen; er war mit dem wertvollsten

mit dem blanken Gewirr und den Komposthüßeln sehr einladend aus. Vor dem Couvert der beiden Mägde stand je eine halbe Flasche Rotwein; vor Peters Couvert aber stand eine ganze. Es war ja nicht ein bißchen mehr, als er verlangen konnte. Die anderen aber hatten nie daran gedacht; sie hatten ihn behandelt, wie sie diese jungen Weisbildler von Dienst-mädchen auch behandelten. Er war der älteste im ganzen Hause. Sollte er nicht eine ganze Flasche haben? Auch daß er den Platz im Sofa erhalten hatte, berührte ihn angenehm. Es war ja nicht mehr als einfach Ordnung und Anstand; aber man sah doch den guten Willen. Für ein Frauenzimmer hatte Dagmar nicht so wenig Verstand.

In der alten Wohnstube war für Asmussen und Dagmar selber gedeckt. Erst sollte indessen die Bescherung kommen. Im Gastzimmer war ein großer Tisch für die Dienstboten hergerichtet, die Herrlichkeiten waren aber mit vielen Setzungen zugedeckt. Dagmar führte die beiden Mädchen erst herein, als in der Küche alles in Ordnung war. Auch Peter kam langsam näher, mit vieler Würde und fest entschlossen, sich nicht überlassen zu lassen. Er durfte unter keinen Umständen allzu erfreut erscheinen, wenn er sich nichts vergeben wollte. Eine wohlwollende Anerkennung, das war mehr als genug. Sie sollen ruhig spüren, wen sie im Hause hatten.

Auf dem großen Tische lagen alle möglichen Gegenstände. Asmussen gab gern. In diesem Jahre aber war es besonders reichlich ausgefallen, weil Dagmar aus eigenem allerlei Kleinigkeiten hinzugefügt hatte. Von Asmussen waren die soliden und wertvollen Dinge, die den Mädchen nützen sollten, von Dagmar allerhand Glitzer, der ihre Augen leuchten machte. Peter verbielt sich feistlich. Die Mädchen hatten den Gebern schon oft die Hände geschüttelt, sie schmakten und jubelten, wie es die Art der Weiber war. Peter aber prüfte alles mit der Vorsicht des gereiften Mannes. Es war nicht übel, durchaus nicht übel; er nickte zustimmend, hielt aber die befonnene Würde fest.

Mit einem lustigen Spitzbüßengriff fuhr Dagmar plötzlich unter Peters Geschenke hinein und holte etwas hervor, das sie dort verborgen hatte. Sie hielt es Peter vor das erstaunte Gesicht

Ausland.

Oesterreich. Kosten des Großmachtspiels. Nach dem Bericht des Herrenhauses über das Budgetprovisorium betragen die auf Oesterreich entfallenden Ausgaben für die militärischen Maßnahmen anlässlich des Balkankrieges bis Mitte Juni 180 1/2 Millionen Kronen. Dazu kommen 15 Millionen Unterföhrungen für Familien der Einberufenen und etwa 50 Millionen als Anteil der von den Delegationen bewilligten außerordentlichen Kredite, zusammen also 246 Millionen Kronen, die aus den Kassabeständen entnommen werden und seinerzeit durch Anleihen zu konsolidieren sein werden. Für Oesterreich-Ungarn zusammen stellen sich die außerordentlichen Seeresaufwendungen demnach auf etwa 265 Millionen Kronen. Und wofür das alles? Weil ein paar große Herren „Welt politik“ treiben wollten.

Badische Politik.

Für eine Kandidatur Dr. Obkircher versucht die „Freisgauer Zeitung“ Stimmung zu machen. Dr. Obkircher hat sich bei der letzten Landtagswahl bekanntlich durch seine Starzöpfigkeit selbst aus dem aktiven politischen Leben ausgeklattet.

Eine perfide Verleumdung

leistete sich dieser Tage der Bad. Beobachter“. Nachdem die „Germania“ in Berlin bereits den Protestantismus für die Bremer Lat eines Wahnsinnigen verantwortlich gemacht hat, kommt jetzt der „Bad. Beobachter“ und bringt den Großblock mit der Lat in Verbindung indem er schreibt:

„Die Lektüre der Indianerliteratur des Großblocks kann noch Unerfahrenen tatsächlich nervös machen. In Bremen ist einer infolge ähnlicher Lektüre sogar irrsinnig geworden und hat die Vertilgung der Jesuiten damit angefangen, daß er in einer katholischen Schule kleine Mädchen erschog und schwer verwundete. Man muß daher solche Kollekten im Auge behalten; sie erzeugen tatsächlich zusammengekommen eine Stimmung, die bei schwachen Geistern an politischen Irzsinngrenzt.“

Sich über derlei journalistische Leistungen der Zentrumspreffe zu entrichten, wäre gnedlos. Sie beweisen nur, in welcher Geistesverfassung sich die badische Zentrumsjournalistik augenblicklich befindet, nachdem sie sich überzeugen mußte, daß ihre alles Maß übersteigende Hege gegen den Großblock völlig erfolglos geblieben ist.

Der „Bad. Beobachter“ würde, wenn ein liberales oder sozialdemokratisches Blatt sich solche Entgleisungen zu schulden kommen ließe, in den stärksten Ausdrücken sich entrichten. Uns würde es nicht verwundern, wenn die Zentrumspreffe demnach den Großblock für jedes beliebige Verbrechen, das irgendwo in Deutschland passiert, verantwortlich macht. Und dabei tut gerade der „Bad. Beob.“ so, als hätten die am letzten Sonntag in Freiburg, Offenburg und Karlsruhe gefassten Beschlüsse der drei Linksparteien ihn nicht im mindesten alteriert. In Wirklichkeit ist die Zentrumspreffe noch nie so rat- und fassungslos gewesen, wie seit dem letzten Sonntag.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion wählte in ihrer Sitzung am Mittwoch anstelle des verstorbenen Genossen Raben den Genossen Lebehour in den Fraktionsvorstand.

Aus den Organisationen. Die Kreisversammlung des 2. württembergischen Wahlkreises, der die Oberämter Kammstatt, Ludwigsburg, Waiblingen und Marbach umfaßt, fand letzten Sonntag in Kammstatt statt. Der Kreisverein umfaßt jetzt 54 Ortsvereine mit 7281 Mitgliedern. In der Berichtsperiode von neun Monaten hat sich die Mitgliederzahl um 543 gesteigert. Neben 6721 Genossen sind im Wahlkreise 600 Genossinnen organisiert. In diese Periode fielen die württembergischen Landtagswahlen, die eine rege Agitation brachten. In den Bezirken Kammstatt und Ludwigsburg wurden die Genossen Taufsch

und
Mach
begri
vorjü
Kreis
vorla
prüfen
mach
tag b
len a
des
Wögl
lem
Ugen
vor.
beric
fragt
stelt
Mi
dem
demof
wakt
der
einen
10.
Jubilä
heute
„Vor
su m g
Moi
folche
mach
summe
Bedarf
lauf.
ung.
kaj je
Jahre
des er
allen
lichte
zu bed
ersten
liquidi
namen
schafte
im le
204 000
sten Ar
die im
Fleisch
eine g
Konsum
Fleisch
kaufste
Fleisch
Selbst
zu best
Sohn a
Bruder
für die
danach
Vereine
muß m
gerech
kauf de
Schwe
die um
können
eingefü
genosse
Teilen
Verein
sich gef
In
Atom u
der die
Dampf
übrig
Bede
dustiger
Tisch.
hochstä
Lampe
magische
Lampe
Zauber
aber in
Asm
sein alt
cungen
Vergan
brannte
festliche
Er g
„Wo
er lang
„Es
Asm
„Da
zu viel.
„Sie
„We
an den
Asm
Lurus d
Dag
„Nur
rummt
Asm
hand M
ieten u
langen
durch u

und Keil wiedergewählt, in den Bezirken Waiblingen und Marbach mühen wir uns mit erfreulichen Stimmungsgewinnen begnügen. Die Geschäfte des Kreises wurden bisher vom Kreisvorsitzenden, Genossen Fischer, im Nebenamt verwaltet; die Kreisversammlung beauftragte jedoch den neugewählten Kreisvorstand, die Frage der Anstellung eines Kreissekretärs zu prüfen und der nächsten Kreisversammlung Vorschläge zu machen. Beschlossen wurde, das Delegationsrecht zum Parteitag voll auszunutzen, also vier Delegierte zu wählen, die Wahlen aber durch Abstimmung vorzunehmen. Die Durchführung des Zehnjährigen-Wochenbeitrags soll vom Kreisvorstand nach Möglichkeit gefördert werden. Der verschärfte Kampf der württembergischen Schulbehörden gegen den Arbeiterturnerbund rief allgemein den Wunsch nach verschärften Gegenmaßnahmen hervor. D diesem Wunsch entspricht eine von der Landtagsfraktion bereits eingebrachte Interpellation, die den Kultusminister fragt, was er gegen das ungeschiele Vorgehen der ihm unterstellten Behörden zu tun gedenkt.

Ein nicht bestätigter Schulheiser-Stellvertreter. Der in Wildenspring (Schwarzbürg-Rudolstadt) zum zweitenmale als Vizepräsident gewählte Genosse Lett ist auch diesmal vom Landrat in Königssee wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei nicht bestätigt worden. Das Selbstverwaltungswort der Gemeinde Wildenspring soll nun seitens der Behörde dadurch illusorisch gemacht werden, daß die letztere einen ihr genehmeren Vizepräsidenten einsetzen will.

10. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Kr. Dresden, den 18. Juni.
Dritter Verhandlungstag.

Der Vorabend in Paris-München gedenkt des 25jährigen Jubiläums des Konsumvereins Vorwärts in Dresden, das heute gefeiert wird. Darauf spricht Angst-Basel über „Voraussetzung und Technik des Betriebes von Konsumgenossenschaftlicher Schlächtereien und Molkereien“. Er berichtet über die Erfahrungen, die mit solchen Betrieben im Allgemeinen Konsumverein in Basel gemacht hat. In Basel gehört die ganze Bevölkerung dem Konsumverein an, selbst der gewerbliche Mittelstand, der alle die Bedarfsartikel dort bezieht, die er nicht selbst produziert oder verkauft. Der Umsatz beträgt 200 Fr. auf den Kopf der Bevölkerung. (Bravo!) In der Schlächtereier und Molkerei ist der Umsatz je 7 Millionen Fr. Nach einem verunglückten Versuch im Jahre 1871 wurde 1900 die Schlächtereier gegründet. Die Fehler des ersten Versuches wurden vermieden. Der Großbetrieb mit allen modernen Einrichtungen war die Grundlage. Er ermöglichte es, mehr als ein Drittel des gesamten Fleischverbrauchs zu decken, das sonstige Kapital zu amortisieren und 8 Prozent Dividende zu verteilen. Zwar hatte das Unternehmen im ersten Jahre ein Defizit. Den Mangel, das Defizit zu liquidieren, wurde nicht gefolgt, sondern anstelle des „Fachmannes“ ein tüchtiger Kaufmann und überzeugter Genossenschaftler an die Spitze gestellt. (Sehr gut!) Der Nettogewinn im letzten Jahre nach Abrechnung aller Reserven betrug 204 000 Fr. Beschäftigt sind über 200 Arbeiter, die die günstigsten Arbeitsbedingungen haben, etwa um 20 Prozent besser als die im Privatbetrieb. In 27 Verkaufsstellen werden nur Fleisch und Wurstwaren verkauft. Die Schlächtereier liefert an eine große Zahl schweizerischer Genossenschaften. Der Baseler Konsumverein unterstützt mittlere Brudervereine, die den Fleischverkauf einführen wollen, durch die Einrichtung der Verkaufsstellen, Stellung der besten Kräfte. Der Verein liefert das Fleisch, wenn auch die Abrechnung nicht an ihn gebunden sind. Selbst wenn sie einmal einen Versuch machen, von anderer Seite zu beziehen, so kommen sie doch immer wieder, wie der verlorene Sohn zum Vater, zurück. (Sehr gut!) Das Fleisch wird den Brudervereinen zum Selbstkostenpreis geliefert. Voraussetzung für die Errichtung einer Schlächtereier ist zunächst, daß der Wunsch danach aus den Kreisen der Mitglieder kommt. Nur große Vereine dürfen sich an ein solches Unternehmen wagen. Es muß mit einem Kapital von 500 000 Mk. etwa zum mindesten gerechnet werden. Wie im Schlächtereier ist auch im Viehkauf der Kaufmann wichtiger als der Fachmann. In der Schweiz wird das meiste Vieh vom Auslande eingeführt. Da die umliegenden Länder immer weniger Schlachtwiehe liefern können, werden jetzt die meisten Ochsen lebend aus Argentinien eingeführt. Auch Gefrierfleisch wird in immer stärkerem Maße gezeilt. Es hat sich gezeigt, daß es — abgesehen von einigen Teilen — dem frischen Fleisch durchaus ebenbürtig ist. Im Verein allein werden durch das Gefrierfleisch 300 000 Fr. jährlich geparkt. (Hört, hört!)

In der Schlächtereier herrscht das Prinzip, daß in ihr kein Atom unbenutzt verloren geht. Eine Kühlkette ist nötig, mit der die Eigenproduktion verbunden sein muß. Die Anlage der Dampfheizung, weil dadurch Dampf und heißes Wasser für die übrigen Produktionsstadien geliefert werden kann. Im Betrieb

Deckel des Hauses belegt. Die Serbieten umschlossen einen duftigen Blumenstrauß. Ein magischer Glanz lag über dem Tisch. Wo kam der Glanz nur her? Richtig, er kam von der hochstimmigen Orgel, die auf dem Tisch brannte! Die Lampe hatte einen roten Seidenschirm, und daher kam der magische Glanz. Auf dem Schrank in der Ecke hatte die alte Lampe auch einen roten Schirm bekommen. Eine gedämpfte Zauberverstärkung ging durch das ganze Zimmer. Der Ofen aber knisterte beglücklich in das farbige Licht hinein.

Asnussen stand noch immer auf der Schwelle. War das kein altes Zimmer noch? Hatte er hier in stillen Erinnerungen mit Stine Andresen geessen? War das ein Ort der Vergangenheit? Alle Schatten waren verschwunden; alles brannte in den Farben der Gegenwart. Dem Leben war eine festliche Tafel gedeckt.

Er ging vorsichtig, wie traumumfangen, hinein.

„Wo kommt die Lampe her?“ fragte er dann, als er wach wurde.

„Es ist mein Geschenk für Sie.“ lächelte Dagmar.

Asnussen schüttelte den Kopf.

„Das hätten Sie niemals tun dürfen. Das ist ja viel zu viel.“

„Sie sind so gut gegen mich.“

„Wenn auch! Sie verschänken zu leicht. Sie hatten schon an den Mägden genug getan.“

Asnussens bürgerliche Erbschaft sträubte sich gegen den Luxus dieser Lampe.

Dagmar lachte und faßte ihn am Armel.

„Nun, kommen Sie hierher, wenn ich bitten darf. Geht nun haben sie nun genug.“

Asnussen mußte an den Gabentisch. Er war mit allerhand Kleinigkeiten bedeckt, die den weiblichen Geschmack verrieten und mit denen der Mann im Grunde nichts anzufangen weiß. Er fühlte eine Art von kindlicher Unsicherheit durch und freute sich an dieser.

(Fortsetzung folgt.)

muß möglichst die Maschinenkraft statt der Menschenkraft verwendet werden. Das Fleisch darf nur so wenig wie möglich mit den Händen in Verbindung kommen. Der Verein hat eine eigene Brunnenanlage mit Hochreservoir für heißes und kaltes Wasser. Das Fleisch wird in den einzelnen Abteilungen immer durch Wasserflut vertrieben. Die genaue Kontrolle ist nötig, um nichts ungenutzt verloren gehen zu lassen. Eine Fettfäule ist ausgeschlossen, in der auch aus den Abfällen, dem Reinigungswasser usw. Industriezettel für die Seifenfabrikation hergestellt wird. Eine genaue Kalkulation aller einzelnen Produkte ist nötig. In den Verkaufsstellen wird monatlich Inventur gemacht.

Die allgemeinen Voraussetzungen für Schlächtereien gelten auch für die Molkereien. Die Schwierigkeiten liegen vor allem im Einkauf der Milch. In der Schweiz sind die Produzenten dabei, den Milchverkauf zu vertreiben. Das hat dazu geführt, daß jetzt die Genossenschaften versuchen, alle Milchläufer, die Hersteller von kondensierter Milch, die Privatbändler sogar, die Molkereibetriebe zu einer Gegenorganisation zusammenzuschließen. Dadurch soll den Preissteigerungen ein Damm entgegengestellt werden. Die Milch wird vom Produzenten abgemessen nach dem Bedarf des einzelnen Vereins. Der Verbraucher an Milch wird vom Verein verarbeitet. So wurden 1912 allein 220 000 Kilogramm Emmentaler Käse hergestellt und im Verein abgesetzt. Eine Schweinemastanstalt, die mit der Molkerei verbunden wurde, hat kein besonders günstiges Resultat, wenn auch kein Defizit gezeigt. Der größte Teil der Milch wird zu drei Vierteln im Ladengeschäft verkauft, das große wirtschaftliche Vorteile hat. Der Redner gibt dann noch Winke über die technische Einrichtung der Molkereien. Schlechte Erfahrungen sollen nicht vor neuen Versuchen zurückschrecken. Im Verlaufe der Genossenschaft gibt es das Wort „Unmöglich“ nicht! (Beifälliger Beifall!)

Den Bericht der Fortbildungskommission hat erörtert Rupprecht-Hamburg. Er erörtert besonders die Finanzierung der Bildungseinrichtungen und schlägt eine Resolution vor, in der pro Mitglied 50 Pf. jährlich für die Zwecke mindestens gezahlt werden sollen. Der Resolution wird zugestimmt.

Ueber die Unterstützungskasse des Zentralverbandes berichtet Lorenz-Hamburg. Beim Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes schlägt Dr. Müller-Hamburg vor, in die Bestimmungen folgenden Punkt aufzunehmen:

„Differenzen, die aus Tarifverträgen zwischen genossenschaftlichen Organisationen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und anderen Genossenschaften als dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Bäcker, Konditoren und Berufsgenossen Deutschlands entstehen, unterliegen den Entscheidungen des Tarifamtes, wenn in diesen Tarifverträgen eine diesbezügliche Bestimmung enthalten ist und die Kontrahenten vorbehaltlos erklären, daß sie sich den Entscheidungen des Tarifamtes fügen. Soll in Fällen solcher Art vom Tarifamt entschieden werden, so wird die Zahl der Tarifamtsmitglieder um einen genossenschaftlichen und einen gewerkschaftlichen Beisitzer erhöht und zwar in der Weise, daß die Gewerkschaft, die an der Differenz beteiligt ist, einen Beisitzer für diesen Fall bestimmt, während von der genossenschaftlichen Seite einer der stellvertretenden Mitglieder des Tarifamtes zu der betreffenden Entscheidung hinzugezogen wird.“

Der Redner macht dann noch eine Reihe Vorschläge über die Zusammenfassung der Kommissionen usw. bei den kommenden Tarifverträgen. Er betont, daß die Genossenschaften von sozialem Pflichtgefühl durchdrungen sind und hofft, daß die Genossenschaften die richtige Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse zeigen werden. Dann werde ein gutes Resultat für beide Teile zustande kommen. (Beifall!)

Nach einer Debatte, die sich mit weniger wichtigen Einzelfällen beschäftigt, wird den Vorschlägen zugestimmt. Als Beisitzer zum Tarifamt werden v. Elm, Lorenz, Rieger und Dr. Müller, als Stellvertreter Ermer und Ebeding gewählt.

Die Revisionsrechnung wird genehmigt, die Zuwendungen an die Bezirksverbände verteilt und der Vorstand entlastet. In den Vorstand wird Liebmann wiedergewählt, an Stelle der verstorbenen wird Barzel gewählt. In den Vorstand werden v. Elm, Dr. Staudinger und Pöppig wiedergewählt. Genehmigt wird darauf der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1914.

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden Paris wird der Genossenschaftstag geschlossen.

12. Verbandstag der Buchhinder.

k. r. Stuttgart, 21. Juni 1913.

Vom 16. Juni bis heute tagte im hiesigen Genossenschaftshaus der 12. Verbandstag des Deutschen Buchhinderverbandes. Er war von 92 Delegierten, 3 Vorstandsmitgliedern, dem Redakteur Michaelis-Berlin und dem Ausschuhvorsitzenden Bergmann-Leipzig besucht. Als Gäste nahmen teil Vertreter der Verbände der Buchdruckerhilfsarbeiter und der Lithographen und Steindruckere, sowie der Bruderorganisationen in England, Oesterreich und Ungarn. Die Generalkommission vertrat Knohl-Berlin.

Bei Eröffnung der Geschäftsberichte verwiesen die Referenten auf die gedrucktten Berichte, von denen wir bereits einen Auszug brachten. An die Berichte schloß sich eine verhältnismäßig kurze Diskussion, in der sich die Delegierten im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden erklärten. Die vorgebrachten Monita waren von geringer Natur. Kritisiert wurde, daß die Jahresberichte sehr spät erscheinen. Auch hätte, betonte Würbarger-Berlin, das Ergebnis der statistischen Aufnahme über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Buchhindergewerbe früher herauskommen müssen, um rechtzeitig agitatorisch verwendet werden zu können. Man solle den größeren Zahlstellen die Bearbeitung des Materials selbst überlassen. Mehrere Redner verlangten vom Vorstand größere Unterstützung der Verwaltungsstellen bei der Agitation. Das Agitationsmaterial sei unzulänglich, sagte Bruck-Wreslau. Auch wäre der Vorstand zu engherzig bei Ausgaben für die Agitation.

Ueber „Unsere Lohnbewegungen“ referierte Verbandsvorsitzender Roth-Berlin. Er besprach einzelne der festgefundenen Lohnlämpfe, von denen wir bereits im Vorbericht ein Bild gaben. Die Taktik der Unternehmer gehe dahin, überall den gleichen Ablauftermin festzulegen; da sei Vorsicht am Platze. Im Jahre 1913 würde eine sehr große Anzahl Tarife ablaufen, nämlich insgesamt 81 Tarife für 752 Betriebe mit 12 217 Beschäftigten. Es stehe ein schwerer Kampf bevor, für den man sich rechtzeitig rüsten müsse.

An dieses Referat schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der besonders die Frage eines Reichstarifs und die Bedeutung des Ablauftermins der Tarife erörtert wurde. Für einen Reichstarif schloß sich im Buchhindergewerbe noch die Voraussetzungen. Annahme fand hierzu folgender Antrag: „In Erwägung, daß der Drei-Städte-Tarif (Berlin, Leipzig, Stuttgart) bei Berechnung der Arbeitskosten mehr und mehr über das ganze Reich an Bedeutung gewinnt, beschließt der Verbandstag, daß zur Erneuerung des Tarifs zu den Beratungen Vertreter aus den größeren Orten resp. aus den Bezirken hinzugezogen werden. Welche Orte resp. Bezirke teilzunehmen sollen, bestimmt der Verbandsvorstand.“

Ueber die Finanzlage des Verbandes referierte Kassierer Hauzeisen-Berlin. Die Entwicklung der Organisation habe eine Richtung genommen, die nicht vorausgesehen gewesen sei. Die Zahl der weiblichen Mitglieder habe sich enorm gesteigert, sie sei heute schon höher als die der männlichen Mitglieder. So erfreulich die Organisierung der weiblichen Arbeitskräfte sei, müsse man diese Entwicklung doch auch mit einem klaren Auge betrachten, da die weiblichen Mitglieder die Finanzkraft des Verbandes sehr stark in Anspruch nehmen würden. Leistung und Gegenleistung müßten aber noch Möglichkeit in Uebereinstimmung gebracht werden. Bisher würde jedoch für die weiblichen Mitglieder mehr aufgewendet, als sie an Beiträgen entrichten. Der Vorstand schlägt deshalb eine Erhöhung des Beitrags in der zweiten Klasse um 5 Pf. vor, sowie eine Einschränkung im Unterstützungswesen.

In der Debatte stießen die Vorschläge des Verbandsvorstandes fast allgemein auf Widerspruch. Besonders wandten sich die Redner gegen eine Einschränkung der Unterstützungen (Erhöhung der Karenzzeit, Verminderung der Unterstützungsätze in der 1. Klasse). In der Beitragsfrage gingen die Meinungen sehr weit auseinander. Ein Teil der Delegierten lehnte jede Beitragserhöhung ab, ein anderer Teil stimmte dem Vorschlag des Vorstandes zu, die zweite Beitragssklasse zu erhöhen — es wurde jedoch auch angeregt, die erste Klasse zu erhöhen — ein dritter Teil hält die Erhöhung sämtlicher Beitragssklassen für notwendig. Von mehreren Rednern wurde die Einführung einer besonderen Lehrlingsklasse mit einem wöchentlichen Beitrag von 10 oder 15 Pf. angeregt.

Die zahlreich vorliegenden Anträge wurden schließlich einer elfgliedrigen Kommission überwiesen. Deren Vorschläge fanden aber später zunächst auch keine Mehrheit. Erst nach langen Verhandlungen einigte sich der Verbandstag auf folgende Beitragssklassen: 1. Klasse 20 Pf., 2. Klasse 25 Pf., 3. Klasse 35 Pf., 4. Klasse 50 Pf. und 5. Klasse 80 Pf. Gegenüber den jetzigen Beiträgen bedeutet dies lediglich den Unterschied, daß zwischen der 1. und 2. Klasse eine 25 Pf.-Klasse eingeschoben wird. Die weiblichen Mitglieder können nur in den drei ersten Klassen steuern. Die Verdienstgrenze wird festgesetzt für die 1. Klasse bis 8 Mk. Wochenverdienst, 2. Klasse 8—12 Mk., 3. Klasse 12—15 Mk., 4. Klasse 15—24 Mk. und für die 5. Klasse über 24 Mk.

Bei Beratung der allgemeinen Anträge wurde beschlossen, daß die Abrechnungen der Verbandskasse in Zukunft nicht mehr in der „Buchhinderzeitung“, sondern auf Extrablättern, die zum Sammeln bestimmt sind, veröffentlicht werden.

Ein Antrag Berlin, der die Veranstaltung einer Enquete über die Unfallgefahren in der Papierverarbeitungsinindustrie verlangt, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Gründung eines graphischen Industrieverbandes wird in mehreren Anträgen gemüßigt; der Verbandsvorstand solle sich mit den anderen graphischen Verbänden deswegen in Verbindung setzen. Weinländer-Münchberg befürwortete die Bestrebungen, die die Verbände einander näher bringen. Herzog-Berlin ersuchte dagegen, sich nicht fortgesetzt den anderen Verbänden aufdrängen zu wollen. Verbandsvorsitzender Roth verwies darauf, daß die Konzentration im graphischen Gewerbe immer mehr auf eine Verschmelzung hinarbeite. Er bittet aber, die Anträge abzulehnen, da bei den übrigen Verbänden noch nicht allzu viel Liebe für eine Verschmelzung vorhanden sei. — Der Verbandstag beschloß demgemäß.

Die Zustimmung des Verbandstages fand eine Vorlage des Vorstandes über die Einführung einer allgemeinen Versicherung der Funktionäre gegen Unfälle bei der Tätigkeit für die Organisation. Es wird Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung, Sterbegeld und Witwenunterstützung gewährt.

Der Punkt Gewerkschaften, Genossenschaften und Volksfürsorge wurde von der Tagesordnung abgesetzt und lediglich die vom Referenten Michaelis hierzu vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. In dieser wird anerkannt, daß die Gewerkschaftsarbeit durch die Genossenschaften in beachtenswerter Weise unterstützt wird; es wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß die Mitglieder die „Volksfürsorge“ durch alleseitigen Eintritt fördern.

Am sechsten Verhandlungstage unterbreitete die Eiferkommission ihre Vorschläge bezüglich der Unterstützungen, die insgesamt en bloc angenommen wurden. Die bisherigen Sätze der Arbeitslosen- und der Krankenunterstützung bleiben im wesentlichen bestehen. Nur die erste und die neu eingeschobene zweite Klasse bilden eine Veränderung. In der ersten Klasse beträgt die Arbeitslosenunterstützung pro Tag 50 Pf., bis zu 15 Mk. Höchstbetrag insgesamt, die Krankenunterstützung 80 Pf. (Höchstsumme 12 Mk.). In der zweiten Beitragssklasse beträgt die Arbeitslosenunterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft 75 Pf. (Höchstbetrag 22,50 Mk.), nach dreijähriger Mitgliedschaft 1 Mk. (Höchstbetrag 30 Mk.) und die Krankenunterstützung 40 Pf. (Höchstbetrag 16 Mk.). Während der Dauer von Krankheit oder Arbeitslosigkeit dürfen Beiträge nicht geleistet werden.

Die Streit- und Gemahregelunterstützung wurde geändert. Sie beträgt nun je nach der Beitragsklasse, der Dauer der Mitgliedschaft und ob das Mitglied einen eigenen Hausstand hat, 4—16 Mk. wöchentlich. Außerdem wird für jedes Kind unter 14 Jahren 20 Pf. pro Tag gewährt. Mitglieder mit weniger als 26 Wochenbeiträgen können drei Viertel der Sätze erhalten. Im Falle der Mahregelung von Vertrauensleuten kann die Unterstützung auf 12 Wochen verlängert werden.

Die Bestimmungen für die Umzugsunterstützung werden dahin ergänzt, daß wenn Mann und Frau Mitglied des Verbandes sind und beide zusammen umziehen, auch der Frau eine Unterstützung bewilligt werden kann.

Die Ortsanteile aus den Verbandsbeiträgen werden auf Vorschlag der Kommission wie folgt festgesetzt: für Orte ohne Angestellte in der ersten Beitragsklasse der Beitrag 2 Pf., zweite Klasse ebenfalls 2 Pf., dritte Klasse 3 Pf., vierte Klasse 5 Pf. und fünfte Klasse 7 Pf. Für Orte mit Angestellten beträgt der Anteil in der ersten Klasse 1 Pf., zweiten Klasse 1½ Pf., dritten Klasse 2½ Pf., vierten Klasse 4 Pf. und fünften Klasse 6 Pf.

Eine vorgeschlagene Neuregelung (Erhöhung) der Gehälter der Angestellten lehnte der Verbandstag mit 48 gegen 24 Stimmen bei 19 Enthaltungen ab.

Der Verbandstag wählte dann eine Kommission von elf Mitgliedern, die in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand vor dem nächsten Verbandstag die zum Statut eingehenden Anträge beraten soll.

Der Verbandsvorstand bleibt in Berlin. Die befohlenden Verbandsbeamten wurden wiedergewählt. Ausschuhvorsitzender bleibt Bergmann-Leipzig.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Der nächste Verbandstag findet 1916 in Düsseldorf statt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. Juni.

Am Bundesrätlich Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Raempf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 5 Min. Auf die Frage des Abg. Dr. Gerlach (Zentr.) nach der Ausführung des Jesuitengegesetzes in Corsfeld erwidert Ministerialdirektor Dr. Caspar: Es trifft zu, daß der

Regierungspräsident von Münster das Auftreten eines Jesuitenpaters für gesetzwidrig gehalten und deshalb verboten habe. Es ist ihm aber nicht vorzuerwerfen, daß er ungerechtfertigten Widerstand gegen die Anordnungen des Bundesrats sich zuschulden habe kommen lassen, selbst wenn er abweichend von der früheren Praxis keine Anordnungen getroffen hat. Inwiefern das letztere der Fall war, muß noch aufgeföhrt werden. Nach wie vor steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß eine Verschärfung der früheren Praxis vermieden werden soll. (Lachen im Zentrum.)

Auf die Frage des Abg. Vreh (Soz.) nach den Erkrankungen beim Infanterie-Regiment Nr. 78 in Osnaabrück erwidert General-Oberarzt Schulz: Es sind im ganzen bisher beim 1. Bataillon 239, beim 2. Bataillon 49 Mann erkrankt; sämtliche Mannschaften sind wieder hergestellt. Auch der Major, der das Essen geprüft hat, zählte zu den Erkrankten. Uebrigens sind auch in bürgerlichen Kreisen Erkrankungen vorgekommen. Eine Metallvergiftung sei ausgeschlossen; auch was das Fleisch, das keineswegs von einer Rotzschlächter herriehre, laut Untersuchung einwandfrei. Es scheint also ein Fall vorzuliegen, der trotz der größten Vorichtsmaßnahmen nicht zu vermeiden gewesen wäre.

Auf die Frage des Abg. Dr. Weill (Soz.) nach einem angeblich verlustreichen Gefecht deutscher Truppen in Kamerun erwidert Geheimrat Gleim: Es liegt augenscheinlich eine Verwechslung mit einem früheren Fall vor, wo ein Unteroffizier der Expedition gefallen ist, dessen Name ähnlich klingt, wie der in der französischen Presse genannte. Der Todesfall ist feinerzeit von uns gemeldet worden.

Auf die Frage des Abg. Liebknecht (Soz.) nach der Einberufung einer Kommission zur Prüfung der Rüstungsleistungen erklärt Unterstaatssekretär Richter: Die Vorarbeiten zur Einberufung dieser Kommission sind im Gange. Der Zusammentritt wird aber erst nach Ablauf des Sommerurlaubs im Herbst erfolgen.

Darauf wird der von Mitgliedern aller Parteien eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die Angestelltenversicherung der Privatlehrer in erster und zweiter Lesung ohne Debatte und sofort auch in dritter Lesung angenommen.

Die Erlaubnis zur Einleitung einer Privatklage gegen den Abg. Dr. Plunä (F. W.) wird nicht erteilt.

Sodann findet die Vorlage betr. Änderung des Schutzgebietgesetzes (Vereinrecht und Eintragung von Geschäftsbetrieben) in zweiter Lesung ohne Debatte Annahme.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betreffend Änderung im Finanzwesen.

Abg. Wassermann (natl.): Wir werden dem Besitzsteuergesetz zustimmen. Die Abwälzung von 80 Millionen auf die Bundesstaaten wäre keine Deduktion. Die Selbständigkeit der Bundesstaaten würde aufgehoben, wenn die Erhebung der einzelstaatlichen Finanzfragen vorgeschrieben wird, wie das Reich sie wünscht. Von der Wiedereinbringung der Erbschaftsteuer im Jahre 1909 haben wir abgesehen. (Der Reichsanwalt tritt den Saal.) Wir sind der Ueberzeugung, daß es angeht, die großen nationalen Frage der Heeresverhaltung eine vaterländische Pflicht ist, die allen erbitterten Parteipolitikern zu vermeiden, um dem Inland und Ausland zu zeigen, daß die Wehrvorlage getragen ist von dem festen Willen des Volkes, die nötigen Opfer zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Südekum (Soz.): Aus richtig verstandenem Patriotismus werden wir die Heeresvorlage ablehnen. Weil es uns aber nicht möglich ist, die Wehrvorlage zum Scheitern zu bringen, darum müssen wir alles daran setzen, wenigstens bei der Deduktion dafür zu sorgen, daß die Lasten den besitzenden Klassen auferlegt werden. Wir sind gewillt, den Vorschlägen der Kommission zu folgen und die veredelten Matrularbeiträge zu verwerfen und die Bahn frei zu machen für die Besitzsteuer. Die Matrularbeiträge haben so unendlich viel Schaden, daß wir von ihnen loskommen wollen. Es sollten zwar jetzt die veredelten Matrularbeiträge eingeföhrt werden, aber ihrer Einführung steht noch das Bedenken entgegen, daß sie den Weg verbauen einer direkten Besitzsteuer. Unsere Forderungen direkter Besitzsteuer sind durch diese Vorlage nicht erfüllt worden. Ich erkenne aber doch an, daß sich gewisse Ansätze zu unsern Forderungen in diesen Vorlagen finden. Es sind große Fortschritte in dem Gesetz und wenn es auch zweifellos nicht dem entspricht, was wir als gerechte Erbschaftsteuer betrachten, so öffnet es doch den Weg, zu dem was wir wollen, was 1909 durch die Mehrheit dieses Hauses verhindert worden ist. Das Zentrum hat seinen Stimmwechsel zur Frage der Besteuerung des Kindesbisses in dem Artikel der „Germania“, der die Kunde durch die Presse gemacht hat, festgelegt. Dort wurde gesagt, wir wären niemals Gegner der Kindesbesteuerung aus wirtschaftlichen Gründen, sondern wir wären dagegen, weil wir aus der politischen Situation damals die Regierung stürzen wollten. Das Zentrum erklärt sich jetzt für die Erbschaftsteuer für die Kinder und wahrscheinlich unter dem Druck der neuen Zusammenfassung des Reichstags. Der Abg. Wassermann meint, wenn auch das Kompromiß nicht befriedigend sei, etwas anderes werde sich nicht schaffen lassen. Es sollte eine Mehrheit für die Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer vorhanden gewesen sein, aber die hohen Bedingungen hielten davon ab. Wenn wir jetzt nicht zu einer Reichsvermögenssteuer kommen, so ist das ein Verschulden der nationalliberalen Partei und auch in dem Falle der Erbschaftsteuer ist die nationalliberale Partei schuld. Die Vermögenszuwachssteuer befriedigt uns nicht. Zu allen Bedenken, die auch wir teilen, kann man feststellen, daß das, was uns jetzt an der Besitzsteuer ist, nicht uns zur Last fällt. Was gut ist, das ist unser Verdienst. Nur unter dem Druck der Sozialdemokratie ist die Besitzsteuerung jetzt möglich geworden. Der Grundgedanke röhrt also von uns her. Das Reichsvermögenszuwachssteuergesetz war der erste Schritt zu einem allgemeinen Reichsvermögenssteuergesetz und zu einem allgemeinen Reichseinkommensteuergesetz. Das ist für uns begründbar und deshalb wird das Gesetz von den Konservativen abgelehnt. (Sehr richtig! rechts.) Und die Konservativen wenden sich gegen das Gesetz wegen der Besteuerung des Kindesbisses. In diesem Gesetz ist allerdings ein Wechsel in der Finanzgebarung des Reiches eingetreten. (Sehr richtig! links und bei den Konservativen), eine Abkehr von der bisherigen Steuerpolitik, die bisher ausschließlich die Lasten auf die schwachen Schultern legte. (Lebhafter Zustimmung links.) Was meine Partei erstrebt hat, direkte Steuern für das Reich, das ist jetzt geschehen. (Sehr richtig! links und sehr richtig! bei den Konservativen.) Aber aus dieser Besitzbesteuerung müssen die unsocialen Momente noch heraus, wir müssen zu einer Reichsvermögenssteuer kommen. Als Mittelreiter auf diesem Wege sehen wir die technisch-industriellen Kreise an, die werden schon dafür sorgen, daß wir eine reine Reichsvermögenssteuer bekommen. Die nächsten Reichstagsmahnen werden sich unter dem Zeichen abspielen: Umwandlung der Zuwachssteuer in eine reine Reichsvermögenssteuer, ergänzt durch die Erbschaftsteuer. Wir stehen hier am Anfang einer wirklichen Besitzsteuer und deshalb bitte ich Sie, den konservativen Antrag abzulehnen und es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen. (Beifall links.)

Auf Antrag des Grafen Westarp (kons.) wird über die prinzipiellen Paragraphen namentlich abgestimmt werden.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (kons.): Ich bitte Sie, unserem Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage zuzustimmen. Sodann habe ich unter Bedauern auszusprechen darüber, daß die Verbündeten Regierung ihre Vorlage nicht mit Nachdruck und Entschiedenheit verteidigt haben. (Sehr richtig!

rechts.) Wollte man Steuer an das Reich überweisen, so sollte man die Stempelsteuer dazu verwenden. Diese Steuer läßt sich sehr gut steigern, und sie dürfte eine sehr gute Einnahmequelle für das Reich sein. Mit Freuden sind wir bereit, alles zu bewilligen, was für die Landesverteidigung nötig ist. Wir sind bereit, den ganzen Bedarf auf den Besitz zu nehmen. Wenn uns aber zugemutet wird, die einzelstaatliche Finanzhoheit preiszugeben, so geht das über das Maß des Erträglichen hinaus. Die Verbündeten Regierung haben früher selbst erklärt, daß eine Reichsvermögenssteuer für sie unannehmbar sei. Die vorgeschlagene Lösung entspricht wohl den Wünschen der äußersten Linken, nicht aber denen des deutschen Volkes.

Staatssekretär Kühn: Wegen eine Besitzsteuer hat die Regierung erhebliche Bedenken auch heute noch. Wenn wir uns trotzdem entschieden haben, den Weg zu betreten, den uns die Kommission gesehnen hat, so tun wir es, weil das große Ziel, das jetzt seiner Vollendung entgegengeht, tunlichst mit allergrößter Zustimmung fertigzustellen ist. Wir tun es in der Ueberzeugung, daß der Reichstag als anderer Faktor der Gesetzgebung in Betracht kommt. Noch niemals ist an einer Steuererhebung so einmütig und bereitwillig von allen Seiten mitgearbeitet worden wie an der jetzigen, und das ist auch ein Moment, mit dem die Vertreter der Regierung zu rechnen haben. (Beifall.)

Abg. v. Bayer (F. W.): Unsere Zustimmung zur Vorlage vermögen wir nicht als freudiges Ereignis zu bezeichnen. Wir hatten eine Pflicht zu erfüllen dem Vaterland gegenüber, mehr oder nicht. Wenn die Regierung auch nicht alles gut gemacht hat, so müssen wir sie doch unterstützen in diesem Fall. Doch bitten wir Sie, im Hinblick auf die großen Lasten, die das Volk jetzt auf sich nimmt, die Forderungen nicht weiter zu steigern. Nur die Konservativen stehen abseits. Es scheint, daß in der Steuererhebung eine Veränderung eintritt: Statt von rechts, wird von links den Gesetzen der Stempel aufgedrückt. (Abwobl links.)

Abg. Schulz-Bromberg (Reichsp.): Die Sozialdemokratie ist die Siegerin auf der ganzen Linie. Die Erregung über diese Steuer ist groß, sie wird aber nicht abflauen. Es ist besonders schwierig, den Vermögenszuwachs steuerrechtlich zu erfassen. Außerdem ist es fraglich, ob die Steuer den berechneten Ertrag bringen wird.

Abg. Südekum (Soz.): Tatsache ist, daß unsere Gedanken in die Ueberzeugung anderer Parteien übergegangen sind. Darin liegt ein Verdienst meiner Partei.

Staatssekretär Kühn: Die Undurchführbarkeit der Vorlage ist in keiner Weise nachgewiesen. Alle drei Jahre wird das Vermögen festgesetzt und die Differenz als Zuwachs besteuert. Wenn auch durch dieses Gesetz eine gewisse Unruhe in die Bevölkerung hineingetragen wird, so liegt doch eine Staatsnotwendigkeit vor. Wenn so viele Millionen erforderlich sind, wird man natürlich zunächst die Leistungsfähigen heranziehen. Ein anderer Weg ist uns bisher nicht gezeigt worden.

Die Konservativen beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage (sowebelle Matrularbeiträge, die die Kommission gestrichen hatte). Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 272 gegen 91 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die Bestimmungen betreffend Beibehaltung der Zudersteuer, Aufhebung der Schenksteuer und Änderungen der Erbschaftsteuer werden in Verbindung mit den Bestimmungen des Besitzsteuergesetzes (Zuwachsbesteuerung) beraten.

Abg. Meyer (natl.): Die Aufhebung der Zudersteuer ist nicht nur verpöblich, sondern gesetzlich festgelegt worden. Ich protestiere dagegen, daß die Zudersteuer nicht aufgehoben werden soll. Den zuständigen Herren der Regierung, dem Staatssekretär und Herrn v. Körner traue die Zuderindustrie nicht mehr über den Weg.

Abg. Wurm (Soz.): Der Zuderindustrie kann allein durch die Aufhebung der Zudersteuer geholfen werden. Der Verbrauch von Zuder liegt im Interesse der Volksgesundheit.

Abg. Graf v. Cserner (kons.): Wir beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Die geringe Zudersteuer wird den Konsum nicht verringern.

Abg. v. Weibing (Welfe): Die Sozialdemokraten hätten ihre Macht dazu verwenden sollen, diese Konsumsteuer zu beseitigen. Nach einer weiteren Debatte werden die Abänderungsanträge abgelehnt und die Beibehaltung der Zudersteuer sowie die Aufhebung des Schenkstempels zum 1. Januar 1917 beschlossen.

Einige Paragraphen werden vorläufig zurückgestellt. Darauf finden die Bestimmungen betreffend die Vermehrung der Gold- und Silberbestände unveränderte Annahme.

Unter andauernder allgemeiner Unruhe des Hauses werden weiter die ersten Paragraphen des

Versteuergesetzes erledigt. Die Konservativen beantragen zum § 16, daß das Kindeserbe von der Vermögenszuwachssteuer freigelassen werden soll.

Der Antrag wird nach längerer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 150 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Abwobl links.)

Die Debatte wendet sich nun den Bestimmungen zu, die die Befreiung der Reichsmerzwaresteuer betreffen. Ein Zentrumsantrag befaßt sich mit demselben Gegenstand. Ein Kompromißantrag will, daß den Gemeinden die Beibehaltung der Wertzuwachssteuer zugesöhrt wird.

Schahjektär Kühn: Das Gesetz von 1911 will die Besteuerung des mühseligen und unbedienten Gewinns. Befreit man dieses vernünftige Gesetz, so muß das Vertrauen in die Beständigkeit der Reichsregierung erschüttert werden.

Abg. Saase (Soz.): Der Kompromißantrag ist eine verdeckte Befreiung des Wertzuwachssteuergesetzes. Wir wünschen eine offene, klare Stellungnahme und die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Nach längerer Debatte wird unter Ablehnung aller übrigen Abänderungsanträge der Kompromißantrag angenommen. Darnach wird die Wertzuwachssteuer von 1911 für das Reich aufgehoben, bleibt aber den Bundesstaaten und den Gemeinden erhalten.

Zu den Bestimmungen über die für die Veranlagung zur Besitzsteuer zuständigen Behörden wird mit den Stimmen der Antragsteller, der Fortschrittler, des Zentrums und der Polen folgender sozialdemokratischer Zusatzantrag angenommen: „Der Bundesrat bestimmt die für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer der Bundesfürsten zuständigen Behörden.“ Weiter wurde ein nationalliberaler Antrag angenommen, der den Veranlagungs- und Feststellungsbescheid obligatorisch macht.

Zu den Schlussvorschriften wird ein Antrag der linksradikalistischen Abgeordneten aller Parteien angenommen, für diejenigen Bundesfürsten, die eine direkte Erbschaftsteuer schon besitzen, einen entsprechenden Ausfallertrag zu schaffen. Der Rest des Gesetzes findet Annahme, ebenso die dazu vorliegenden Resolutionen. Die Resolutionen werden für erledigt erklärt.

Sodann wird debattlos in zweiter Lesung ein Nachtragsetat, der im Zusammenhang mit der Heeresvorlage steht, angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der Kommission zur Vorbereitung der Initiativanträge betr. die Wohnungsfrage. Die Anträge werden nach kurzer Debatte angenommen und schließlich eine Reihe von Petitionen erledigt.

Nächste Sitzung Samstag, 10 Uhr: Petitionen, Berichterstattung, keine Vorlagen, dritte Lesung der Wehrvorlage und des Wehrbeitrags. Schluß 7 Uhr.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 28. Juni.

Die Verschärfung der Karlsruher Straßenbahn abgelehnt.

Wohl bei keiner früheren Bürgerausschüßung waren die Tribünen und Pressetische des großen Rathhauseales so überfüllt, wie bei der gestrigen und das allein schon beweist, daß wichtige Lebensinteressen der Stadt in Frage standen. Auch die Bürgerausschüßmitglieder waren, bis auf die wohl absolut verhinderten, nahezu vollständig erschienen. Von den 96 Stadtverordneten fehlten nur acht. Die sozialdemokratische Fraktion war vollständig mit 36 Mann zur Stelle. Auf der Tagesordnung stand neben einer unbedeutenden Vorlage (Gaulische Veränderungen in der Goetheschule) die Organisation des Verkehrswezens und der Elektrizitätsversorgung der Stadt Karlsruhe und ihrer Umgebung, mit welcher Uebersehrt die projektierte Verschärfung des städtischen Straßenbahnwezens an ein privatkapitalistisches Konfiumtum verkehrt ist. Herr Oberbürgermeister Siegrist, der sich sehr stark persönlich an dem Projekt engagierte, verteidigte die Vorlage in 14-stündiger Rede, die von den Anwesenden mit einiger Ruhe angehört wurde. In der Begründung der Vorlage wies der Oberbürgermeister darauf hin, daß die sogen. Berggesellschaft der Stadt finanzielle Vorteile bringe, die es ermöglichen, die durch die schlechte städtische Finanzlage im nächsten Jahr erneut zu erwartende Umlageerhöhung hinauszuhalten. Von jeder Fraktion sprach nur ein Redner, teils für, teils gegen die Vorlage. Von den Gegnern wurde vor allem betont, daß in der Vorlage die Rentabilität der Karlsruher Eisenbahngesellschaft nicht genügend festgelegt und geklärt sei und die Stadt ein zu großes Risiko damit übernehme. Die Befürworter der Vorlage verwiesen auf die wenig günstige Finanzlage, die sich noch durch außerordentliche Unternehmungen in der nächsten Zeit verschlechtern werde.

Außerordentliches Interesse auf allen Seiten fanden die Ausführungen unseres Redners Rechtsanwält Dr. Diez, der dieser Vorlage ein starres „Nein“ entgegenstellte und den ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion Punkt für Punkt, sehr wirkungsvoll und geschickt darlegte. Nach ihm stellte der nationalliberale Redner Herr Rechtsanwalt Frei die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage in Aussicht. Für die fortschrittliche Fraktion sprach Herr Stadtv. Blum in ablehnendem Sinne. Herr Stadtrat Trull als Redner der Zentrumsfraktion befuwortete die Vorlage. Das Zentrum jedoch ist in der Frage getrennter Meinung. Trull polemisiert vorwiegend gegen die Ausführungen des Gen. Dr. Diez, jedoch ohne diese abzumachen zu können.

Die Jungliberalen kamen dann noch mit einem Verschleppungsantrag, welcher das Anhören von „unabhängigen“ Gutachtern wünscht. Treffend wurde dieses Gebahren von dem Genossen Kolb charakterisiert als ein Mittel, Zeit zu gewinnen, um etwa noch Schwankende „herumzubringen“. Nach Ablehnung des Antrages war auch jede Hoffnung geschwunden und der Kampf für den Oberbürgermeister verloren, wie das dann auch die Abstimmung ergab: 66 stimmten gegen die Verschärfung und nur 47 dafür. Der Verfechtung des Resultats der Abstimmung erfolgte minutenlanges Jubel von der Galerie. „Das war ein Volksgesicht!“ sagte ein bürgerlicher Stadtverordneter am Ausgange. Und das mit Recht, obwohl sämtliche bürgerlichen Fraktionen auf die bei ihnen zutage getretene Zersplitterung nicht gerade stolz sein können. Nur die sozialdemokratische Fraktion stimmte geschlossen gegen das Projekt. Stimmes hat in Karlsruhe eine Niederlage erlitten, welche der allergrößte Teil der Einwohnerschaft mit Freuden begrüßt. Einen unangenehmen Witz brachten die verschiedenen offenen und verdeckten Anempfehlungen des Oberbürgermeisters gegenüber Andersgestimmten in die sachlich verlaufene Debatte; das hätte er sich sparen können.

An der Abwendung der Vorlage hat sich unser Genosse Dr. Diez mit ein großes Verdienst erworben.

Der 1. Punkt der nur zwei Positionen enthaltenden Tagesordnung betrifft bauliche Veränderungen im Diensthörsgebäude der Hofschule. Nach kurzer Bemerkung seitens des Bürgermeisters Dr. Kleinshmitt wird die Vorlage ohne Diskussion angenommen.

Zur 2. Position: Organisation des Verkehrswezens und der Elektrizitätsversorgung der Stadt Karlsruhe und ihrer Umgebung berichtet der Oberbürgermeister einige unwesentliche Fehler des Vertragsentwurfs. Des weiteren berichtet er auf seinen im Druck den Stadtverordneten unterbreiteten Vortrag zunächst bemerkte der Oberbürgermeister: Das vorliegende Projekt ist keineswegs ein solches des Oberbürgermeisters, wie in der Öffentlichkeit verlautet, es ist vielmehr ein Projekt des Stadtrats. Alle sachmännischen Stellen wurden gehört. Die Forderung auf durchgehende grundsätzliche Regelung unserer Verkehrsverhältnisse wurde schon des öfteren im Bürgerausschüß laut und waren diese Wünsche auch vollst. berechtigt. Mein demgegenüber stehen die Privatunternehmer der Süddeutschen und der Albtalbahn, welche ein einheitliches System nicht ermöglichen. Dazu kommen noch die Wünsche zahlreicher umliegender Gemeinden nach Bahnverbindungen mit der Stadt. Wenn der jetzige Zustand geändert werden soll, bleibt nichts anderes übrig, als die Verwirklichung des stadträtlichen Projektes. Der Stadtverwaltung fällt schließlich auch die volkswirtschaftliche Aufgabe zu, seine Umgebung mit elektrischer Kraft zu versorgen. Wollte die Stadt den grundlegenden Tarif für den Stromabgab aus dem Murgalstromwerk annehmen, würde sie teurer arbeiten, als dies jetzt der Fall ist. Ueberdies will der Staat den Strom nur erzeugen, nicht aber selbst einzeln abgeben; er sucht zu diesem Zwecke unternehmer, wendet sich an die Städte und an die Kreise. Weil die Stadt Karlsruhe die Ueberlandversorgung nicht allein übernehmen kann, soll die vorgeschlagene Fusion mit der Rheinischen Schuler-Gesellschaft vorgenommen werden, anebnfalls macht es diese Gesellschaft allein.

Wenn das geplante Projekt fällt, wird es den Dagegen nur unter vielen Umständen möglich sein, zum neuen Bahnhof zu gelangen. Namentlich liegt die Sache bei Rintheim und die Linie der Süddeutschen wird in der Kriessstraße verbleiben. Eine Vereinigung mit der Albtalbahn wäre durch die Genehmigung des Projektes sehr nahe gerückt. Wir können mit 4 Millionen Mark, welche die Stadt in die Gesellschaft einschleusen müßte, nicht das ganze 20-Millionenprojekt bewältigen, wohl aber uns die Aktienmehrheit sichern. Das Programm der Gesellschaft steht fest, jedoch ist nirgends

besagt, wann die einzelnen Positionen ausgeführt werden müssen. (Hört, hört!) Die Sache selbst darf nicht lediglich nach der Rentabilität beurteilt werden. Bezüglich der Rentabilitätsberechnung kam es zwischen der Aufmachung des Stadtbaurats Feld und der Schudert-Firma zu Unstimmigkeiten, da ersterer die Einnahmen für den Stromverbrauch als zu hoch angesehen betrachtet. Ein weiteres Sachverständigen-Gutachten wurde nicht erhoben. Herr Feld hat die Sache zu ängstlich beurteilt. Mit der Rentabilitätsberechnung soll man erst beginnen, wenn man unmittelbar vor einer Aufgabe steht. Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, die Stadt gebe zwei rentable wirtschaftliche Unternehmungen ab und erhalte nichts. Sie erhalte vertraglich jährlich 354 000 Mk. als Nutzungswert für Straßenbahn und Elektrizitätswert; das was kann zur Umlage-Ernieuerung verwendet werden. (Allgemeines Gelächter.) Das Rechnungsbüro hat für das nächste Jahr eine Umlagerhöhung in Aussicht gestellt. Wenn es so weiter geht, kommen wir mit dem Umlagesatz an die Spitze der badiischen Städte, die Industrie wird ferngehalten und Abwanderungen werden eintreten. Dem könnte die geplante Gesellschaftsbildung vorbeugen. (Große Unruhe.)

Der Stadtbaurat Frey gibt nach längerer Ausführungen allgemeiner Natur, vor ziemlich leerem Hause, die Zustimmung des Stadtbauratswortes an dem Projekte fund. Medner polemisiert gegen die in den Blättern und Versammlungen zutage getretenen Auffassungen.

Stadtrat Dr. Dietz (Soz.):

Nicht als Sprecher der Fraktion, sondern vielmehr im Interesse tausender Mitbürger bitte ich um Ablehnung der Vorlage. Nicht prinzipielle Gründe sind für unseren Standpunkt maßgebend; denn es gibt keinen Programmpunkt, weder bei uns, noch bei anderen Parteien, welche geschäftswirtschaftliche Unternehmungen unter allen Umständen verwerfen. In Mannheim stimmten auch die Sozialdemokraten für ein geschäftswirtschaftliches Unternehmen; es kommt hier lediglich auf die gegebene Lage des jeweiligen Falles an. Die Vorlage, welche uns heute vorliegt, bringt vielleicht vorübergehende Vorteile, aber dauernde Nachteile, von welchen sich die Stadt nur sehr schwer erholen könnte. Sie bringt uns nicht die

Bereinigung des Verkehrswezens,

sie gibt uns nicht die Garantie einer wünschenswerten Versorgung mit elektrischer Kraft, sie gibt uns nicht die Gewissheit, daß die Stadt Herrin in der Gesellschaft ist und gibt uns nicht einen finanziell günstigen Ausblick. Die Erwerbung der Albtalbahn erscheint als ein Phantom, wenn man in Betracht zieht, daß bei der Ausdehnung der Bahn bis Forstheim der größte Teil des Betriebes Karlsruhe nicht interessiert; die uns interessierende Strecke Karlsruhe-Rüppurr-Etlingen erscheint als quantitate negligible. Für die „Bereinigung“ bleibt lediglich die berühmte „Spöck-Durmersheimerin“. Nach der Denkschrift des Oberbürgermeisters hat diese Bahn, die in sehr schlechtem Zustand ist, 1,24, 1,66 und zuletzt 3,59 Proz. Rente abgeworfen, aber nur dadurch, daß man den Ausbau und die Unterhaltung vernachlässigt hat. Würde man das in Karlsruhe machen, dann könnte die Straßenbahn auch Rente abwerfen. Die Bahn ist wie die Albtalbahn gebaut: recht und schlecht oder recht schlecht (Gelächter.) Die Karlsruher Straßenbahn wird naturgemäß normalspurig ausgebaut werden, während die Schmalspurigen bleiben. Zu einer Vereinheitlichung des Betriebes bedarf es nur einer Tarifvereinigung gleich wie bei den Staatsbahnen; dazu ist die geplante Fusion nicht notwendig.

Die bessere Elektrizitätsversorgung

soll die Annahme der stadträtlichen Vorlage bringen. Seitens der Direktion des Elektrizitätswerkes wurde bereits schwarz gemalt unter Ausbeziehung aller Momente, welche die gute Rentabilität unseres Elektrizitätswerkes tatsächlich beweisen. Die Verhältnisse in Straßburg beweisen, daß die Rentierung der Ueberlandzentrale der städtische Verbrauch bringt. Während bei 23 Millionen Kilowattstunden die Stadt Straßburg 19 Millionen Kilowattstunden verbraucht, benötigt das Land nur wenig über 4 Millionen. Es erscheint auch merkwürdig, daß die Stadt Karlsruhe Prüfungen durch den Gegenkontrahenten vornehmen ließ. Mit Auszügen aus Gutachten ist in dieser sehr wichtigen Frage nichts getan. Wenn man sich orientieren will, müssen regelrechte Gutachten von Sachmännern vorliegen. Nach den Aeußerungen des Oberbürgermeisters hat er zwei Jahre lang nicht gewußt, daß Herr Stadtbaurat Feld Gegner des Projektes ist. Ebenso ging es auch mir. Herr Feld steht offenbar auf dem Standpunkt des Beamten: „Was ich nicht gefragt werde, habe ich nicht zu beantworten.“ Es ist ein grundlegender Fehler, daß der kaufmännisch gebildete Techniker in der Stadtverwaltung fehlt. Der Oberbürgermeister will zwar keinen Techniker, jedoch wird es trotz seines Widerstrebens Aufgabe bleiben, das fehlende Element in die Stadtverwaltung hineinzubringen. Zur Beurteilung fehlen so gut wie alle Grundlagen. In Kassel, wo ein ähnliches Projekt vorliegt, hat man versucht, das Programm auf 10 Jahre hinaus festzulegen. Der Karlsruher Oberbürgermeister aber meinte, man müsse ja nicht alles in einem Tage machen.

Wissen wir Herr im Hause?

In meiner 24jährigen Juristerei habe ich noch keine so große Selbsttäuschung erlebt, als sich diese Herren einer solchen hingeben, welche die Herrschaft der Stadt durch

den Besitz von 53 Proz. der Aktien als gewahrt betrachten. Im Vorstand und Aufsichtsrat liegt der Schwerpunkt. Werden sich dort die Vertreter der Stadt und die des Herrn Stinnes nicht einig, dann entscheidet der dreizehnte Herr, welcher in der Gesellschaft laut Handelsgeheuchbuch nicht die Interessen der Stadt, sondern die der Gesellschaft zu vertreten hat; das ist der Knobelbecher und die Stadtvertreter sind ohnmächtig. Der Stadt wäre ferner auch die Möglichkeit genommen, auch nur den bescheidensten Posten zu besetzen. Wir besitzen nicht die Majorität im Vorstand und Aufsichtsrat, infolgedessen ist die Stadt machtlos. In den Verträgen fehlt überdies jede Bestimmung über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates, man kam infolgedessen in der Bürgerschaft auf den Gedanken, daß schließlich noch weniger wie 6 städtische Aufsichtsräte bestimmt werden könnten. Allerdings genüge hier das Versprechen des Oberbürgermeisters. Die Stadtgemeinde Essen empfahl uns den Ankauf der „Süddeutschen“. Da nun aber Essen selbst Mitbesitzerin dieser Bahn ist, so wollen wir ihr das Geschäft nicht verderben, mag sie sie doch selber kaufen.

Geschäftlich und finanziell

betrachtet, ist bei der stadträtlichen Vorlage jedes geschäftsmännische Prinzip außer acht gelassen. Was nützen uns die schönen Worte: „Das Privatkapital wird mit beigezogen?“ — Was bringt uns die andere Seite: ganze 367 500 Mk. Dahingegen müssen die Linien elektrifiziert, ausgebaut und womöglich noch verlängert werden und zahlen wir ihr hierfür für unsere Ausgaben noch 4 % Zinsen. Das sind Geschäftsleute! (Große Geisterzeit.) Es wird mit kaufmännischen Mitteln auch die Möglichkeit gegeben sein, die großen Bauausführungen für die Rheinischen Schudert-Werke zu bekommen; wenn hierbei auch einige Prozente Provision verloren gehen. Was auf dem Papier steht, ist wirklich ganz wertlos. Vom geschäftlichen Standpunkt betrachtet, kann man den Vertrag nur als einen Herdenschiss bezeichnen.

Wenn wir nun vor dem Jahre 1915 Opfer an Umlagerhöhungen bringen müssen, so sind wir aber doch Herr im eigenen Hause. Die Stadt sollte vielmehr stolz sein auf das bisher Erreichte und nicht zurückweichen wollen. Unsere Straßenbahn hat sich ständig nach vorwärts entwickelt und in absehbarer Zeit wird ein Zuschuß (bis jetzt jährlich 159 000 Mk.) in Wegfall kommen. Es ist eine unrichtige Annahme, als steige die Umlage durch den Ausbau unseres Verkehrswezens; eine vorrichtige Anlehnungspolitik wird uns mit Leichtigkeit über die vorhandenen Klippen hinwegführen. Nur nicht gleich wie der Bettelstrolach an der Wand verzweifeln wollen. (Wabbel!) Ein Geschäftsmann würde sich niemals auf 30 Jahre binden und dabei bringt der Kontrahent nicht einmal Kapital mit. Karlsruhe ist in diesem Punkte Colberg. Wir haben dem Ansturm getrotzt, unsere Niederlage wird den Siegeszug der kapitalistischen Trümmer die Bahn ebnen. Wir wollen aber unsere Selbständigkeit nicht aufgeben. Wir halten es mit dem Dichternwort: Nichts von Verträgen, heraus mit der Gesellschaft und alle Mann auf die Schanzen! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Stadtbaurat Feld bekennt sich hierauf als Gegner der Vorlage. Er empfiehlt das Vorgehen von Mannheim. Die Stadt Karlsruhe sollte ihr gut rentierendes Elektrizitätswerk und ihre Straßenbahn behalten. Es heißt nun, die Straßenbahn rentiere nicht. Aber die Straßenbahn ist bis jetzt nur deshalb unrentabel, weil wir dieselbe feinerzeit zu teuer gekauft haben. Die neuen Linien werden unbedingt rentabel sein.

Stadtv. Wihl. Frey (natl.) wandte sich gegen die Ausführungen des Stadtrats Dr. Dietz und sucht dessen Standpunkt zu widerlegen. Er huldigt entgegen der pessimistischen Auffassung bezüglich der Rentabilitätsfrage, der mehr optimistischen des Oberbürgermeisters. Wenn die Privatgesellschaft ihre Bahnkonzessionen opfert, dann dürfen wir auch nicht an einigen Hunderttausend Heben. Die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion und die Laufende, welche sie vertritt (Holz-Rufe) wünschen die Annahme der Vorlage. Die Verlegung des Bahnhofs führte zur Stagnation der Bauaktivität, die naturgemäß auf Spekulation angewiesen sei. Niemand hat gewußt, wie die Straßenbahnlinien angelegt werden, darum ist es begründenswert, wenn wir recht bald aus dem jetzigen Zustande herauskommen. Eine Umlagerhöhung verursacht Abwanderung der Kapitalien. Die Maßnahme der Karlsruher Stadtverwaltung ist eine überaus glückliche. Wir sind der gleichen Ueberzeugung wie Herr Dr. Dietz, aber nur die Annahme der Vorlage verbürgt eine Umlagerhöhung.

Stadtv. A. Blum (Fortschr. Sp.): Wir sind bereit, mit dem Unternehmertum gemeinsam zu gehen, wenn sich hieraus ein Vorteil gibt. Es ist aber eine Eigenart Adams, den allergrößten Wert auf die Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung zu legen; deshalb dürfen wir nicht unsere Souveränität vergeben und uns mit einem Fremden auf 30 Jahre binden. Früher hat man durch Aufkauf der Straßenbahn die Fremdherrschaft beseitigt und nun will man eine solche wieder einführen. Eines von beiden muß unrichtig sein. Wenn man ständig von Finanzhemme redet, dann besteht eine Finanznot. In solcher Situation kauft man eben keine unrentablen Bahnlinsen. (Beifall.) Ohne Prüfung und eingehendste Einsicht in die vorliegende Materie wäre eine Beschlußfassung mindestens vorzuziehen.

Stadtrat Truntz (Centr.): Die Zentrumsfraktion ist in ihrer Stellungnahme zur Vorlage geteilter Meinung und wird dementsprechend stimmen. Er persönlich sei ein Befürworter der stadträtlichen Vorlage. So wie Dietz die Sache behandelt habe, könne man schließlich alles behandeln. Er möchte nun denjenigen sehen, welcher mit Dietz einen derartigen Vertrag abschließen könnte. Man müsse von dem Standpunkt ausgehen,

daß Risiko und Recht beiderseitig gleichmäßig verteilt werden. Die bisher in gleicher Sache abgeschlossenen Verträge wurden in dieser Weise geschlossen. Mit der Mehrheit der Aktien ist das Vorrecht der Stadt gesichert, man braucht desbezüglich keinerlei Sorge zu haben. Wird die Elektrizitätsversorgung von der Stadt Karlsruhe jetzt nicht in die Hand genommen, dann veräußert sie etwas sehr Wichtiges. Leute, die Sachmänner sind und Geld verdienen wollen, sind in der Aktiengesellschaft der Stadt von Vorteil, denn damit verdient auch die Stadt Geld. Das Großzügige liegt darin, daß vor der Erstellung des Marktwerkes die Gesellschaft gebildet wird und die Stadt Karlsruhe mit 53 Prozent Aktien das Gebiet der Elektrizitätsversorgung beherrscht.

Der Oberbürgermeister gibt einen Antrag der Stadtv. Frey, Selbing und Gen. bekannt, dahingehend, daß von unabhängigen Sachverständigen Gutachten eingeholt werden sollen. Stadtv. Obmann Frey empfiehlt Annahme des Antrages. Stadtv. Köhler (Centr.) wünscht Ablehnung des Antrages, ebenso

Stadtrat Kolb (Soz.), welcher bemerkt, daß ein ähnlicher Antrag dem Stadtrat vorgelegen habe, zu einer Zeit, da man Gutachten hätte einholen können. Damals aber habe man den Antrag abgelehnt und nun will man die Sache verschleppen, um noch einige Stimmen herumzubekommen. Stadtrat Dr. Witz (natl.) spricht gegen den Antrag und Stadtv. Selbing (Fortschr.) meint, der Antrag wäre der Extrakt der Kolosseums-Versammlung und eine Ablehnung desselben würde nicht verzeihen werden. (Stürmischer Widerspruch.) Der Antrag wird zurückgezogen.

O. B. Siegrist: Alle Redner haben erklärt, daß sie nicht grundsätzliche Gegner des gemischten Betriebes sind; es scheint, daß man nur die Straßenbahn und das Elektrizitätswerk nicht in die Gesellschaft einbezogen haben will. In Mannheim hat man das so gemacht, aber es waren dort die Verhältnisse anders gelagert, auch ist dort eine reinliche Scheidung zwischen Stadt- und Vorortbahnen. Mißbilligungen sind bis jetzt in allen Vertragstädten nicht entstanden und alle die Befürchtungen sind unbegründet. Nicht nur bei Privatgesellschaften, auch in der Stadtverwaltung kommt das Streben für persönliches Interesse zum Vorschein. Dagegen kämpfe ich schon jahrelang. (Hört, hört!) Die Herren, welche im „Kolosseum“ Vorträge gehalten haben, haben keine Sachkenntnis. (Widerspruch.) Man darf nicht nur vom Bürgermeister kaufmännisches Denken verlangen, sondern muß das auch selber betätigen. Bezüglich der Personalfragen ist jede Befürchtung überflüssig. Die Stadtverwaltung hat alle Rechtsgarantien übernommen.

Es erfolgt die Abstimmung, welche folgendes Resultat zeitigte:

Es stimmten für die Vorlage, also mit Ja, von den Nationalliberalen: Wedel, Blum Ernst, Dr. Wuntz, Deines, Erb, Frei Ernst, Frey Wilhelm, Gaugel, Dr. Geffert, Deuffer, Kappeler, Ribb, Nerle, Moninger, Meiß Adolf, Müllers, Müller Otto, Neuenjoh, Oberle, Ostertag, Peter, Rudi, Dr. Schneider, Stehlin, Thiergarten, Weinschenk; von den Fortschrittler: Dieber, Gehmann, Selbing, Gomburger, Lacroix; vom Centrum: Blas, Braun-Beierheim, Döwerrh, Grund, Pfaff, Schneider Aug., Trenkle, Truntz und der Konserervative Schlebach, außerdem die sämtlichen Bürgermeister.

Gegen die Vorlage, also mit Nein, stimmten die sämtlichen 36 Sozialdemokraten; von den Fortschrittler: Bäckung, Blum Alfons, Beiser, Fröhlich, Germann, Kaufmann, Kirchmayer, Manz, von Müller, Neumeister, Siebold; von den Nationalliberalen: Anselment, Ehrlich, Dietrich Emil, Heinsheimer, Jakob, Nebmann, Stöckle; vom Centrum: Eichler, Kappes, Köhler, Maier Josef, Metzger, Müller Wilhelm, Strobel, Weber-Darland, Dr. Wehrle, Weiland und die „Mittelständler“ Dietrich Rud. und Jaak.

Es fehlten bei der Abstimmung von den Nationalliberalen: Hofhaus, Köhler, Dr. Krems, Pfeifer; von den Fortschrittler: Dr. Haas, Dr. Mittel, Reime und Dr. Weill und vom Centrum: Schmidt Edmund.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Sommer-Theater. Heute Samstag findet die fünfte Wiederholung von dem fasslichen Operettenspieler „Der liebe Augustin“ statt. Sonntag gelangt Lehars Operette „Eva“ zur Aufführung. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr. Montag bleibt das Theater einer Vereinsvorstellung halber geschlossen.

Stadtgartenkonzert. Morgen Sonntag, 29. Juni, von halb 12 bis halb 1 Uhr, wird die städtische Schülertafel bei gütiger Bitterung im Stadtpark ein Freikonzert veranstalten. Dabei werden folgende Stücke zum Vortrag kommen: „Gottes Macht“, Choral von Beethoven, „Mit Herz und Hand fürs Vaterland“, Marsch von Joffe, „Introduction und Chor aus Troubadour“ von Verdi, „Schneidellächchen“, Salonstück von Eisenberg, „Frohstimm auf den Bergen“, vier Ländler von Petras, „Jolly-Marsch“ von Komatz.

Rigo spielt nur noch drei Tage im Café Bauer. Montag, 30. d. M., „Abschied“ und Ehrenabend, worauf hiermit aufmerk-sam gemacht wird.

Vereinsanzeiger.

R.-Mühlburg. (Bruderbund.) Sonntag, 29. Juni, Ausflug nach Neuburgweier. Treffpunkt beider Chöre um 1 Uhr bei der Mühlburger Mühle. Bei schlechter Witterung treffen sich beide Chöre von 4 Uhr ab im „Dragoner“.

Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 28. Juni, abends 9 Uhr, im „Lamm“ Versammlung. Tagesordnung: Bericht vom außerordentlichen Parteitag und der letzten Bürger-ausschuss-Sitzung.

Bruchsal. (Harmonie.) Dienstag, 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr, treffen sich die aktiven Sänger in der „Pfalz“. Persönliches Erscheinen aller Sänger erforderlich.

Gondelsheim. Das Gartenfest des Arbeiter-Madfaderevereins „Solidarität“, welches am Sonntag, 29. Juni, stattfinden soll, wird auf 14 Tage verschoben, wird also am 13. Juli stattfinden. Auswärtige Vereine, welche ihre Stundung erhalten haben, wollen dies beachten. Für die Madfader von Gondelsheim findet am Sonntag, 29. Juni, eine Aus-fahrt nach der Richtung Karlsruhe statt. Abfahrts punkt: 8 Uhr vom Lokal.

Voranzeige! Beginn unserer grossen Anzug-Woche am Dienstag, den 1. Juli. 1859

Spiegel & Wels.

Wir bitten besonders um Beachtung unserer am Montag und Dienstag erscheinenden **Anzeigen** in den hiesigen Zeitungen.

Pfannkuch & Co

Abschlag!

Neue Italiener
Kartoffeln
feinste gelbe
3 Pfd. **20** Pfg.
10 Pfd. **65** Pfg.
Zentner **6.—**

Neue Sommer-
Malta-Kartoffeln
3 Pfd. **35** Pfg.
10 Pfd. **1.15** Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekanntesten
Verkaufsstellen.

Odeon-Haus

G. m. b. H.
Kaiserstr. 187
Telefon 881.

Beste u. billigste Bezugsquelle
von Musik-Instrumenten aller
Art, Saiten etc.
Ca. 11 000 Schallplatten ständig
am Lager. — Bequeme Teil-
zahlungen. 1827

Metropol-Theater
KARLSRUHE
Schillerstr. 22, Ecke Goethestr.

Vom 28. Juni bis 1. Juli:
Tag im Film.
neueste Weltereignisse.

Des Kaisers Doppelgänger.
Dramatischer Kunstfilm.

Lea in Ferien.
Humoristisch.

Bankfach Nr. 13.
Drama aus dem Leben.

Hutfabrikation auf der Insel Java.
Interessant.

Eine originelle Reklame.
Komisch.

Des Fischer-mädchens Liebe.
Drama.

Der Dieb und der Geizhals.
Komödie.

Extra-Einlage:
Auf falscher Spur.
Ergreifendes Drama in
2 Akten. 1855

Umzüge mit Möbelwagen
u. Rollen (bei Regen
gedeckte Rollen) besorgt billig
H. Muffinaer, Seiffenstr. 3a.



Saison-Ausverkauf

Mode- und Aussteuerhaus

1865

HUGO LANDAUER

Kaiserstrasse, Ecke Lammstrasse.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Wir setzen unsere Kollegen in Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied
Hermann Schwarze
Kupferschmied
im Alter von 88 Jahren gestorben ist. 1870

Die Beerdigung findet Sonntag den 29. Juni, nachm. 2 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich zahlreich zu betheiligen.
Die Ortsverwaltung.

Arbeitergesangverein Liederkränz
Neuburgweier.

Den auswärtigen Parte- und Gesangsmitgliedern zur Kenntnis, daß unser Verein am nächsten Sonntag, den 29. Juni, sein diesjähriges
Gartenfest
veranstaltet. Genosse Rechtsanwalt Maxm. Karlsruhe wird aus Anlaß des Uebertritts zum Arbeiterbündlerbund die Festrede halten. Für Glückwünsche, sowie für den musikalischen Teil ist bestens Sorge getragen.
Es ladet zu zahlreichem Besuche höflichst ein. 1857
Der Vorstand.

Stadtgarten bzw. Festhalle

Morgen Sonntag den 29. Juni, von nachmittags 5 Uhr bis abends 11 Uhr

Großes volkstümliches Konzert
Opern-, Operetten-, Polypourris und Walzer-Musik
gegeben von der
Feuerwehr- und Bürger-Kapelle Karlsruhe.
Leitung: Musikdirektor G. Liese, Königl. Obermusikmeister a. D.
Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten
und von Kartenbesitzern 20 Pfg.
Sonsige Personen 60 Pfg.
Soldaten und Kinder je die Hälfte.
Programm 10 Pfennig. 1861

Die Konzert-Abonnementskarten haben Gültigkeit.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Paule von 7^{1/2} bis 8 Uhr.

Schuhwaren-Versteigerung!

Donnerstag, den 3. und Freitag, den 4. Juli, jeweils vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr, werden wegen vollständiger Geschäftsaufgabe 1862

Scherrstraße Nr. 4 (im Laden)
nur erstklassige Qualitäten Leonberger Schuhwaren als:
Vorkalb Herren-, Zug-, Schnür- u. Schnallenstiefel sowie große Auswahl in Arbeiterstiefeln, Damen- und Kinderstiefeln u. Sandalen.

Ferner gute Haushalts-Artikel als:
Emaille-, Aluminium-, Holz- u. Blechgeschirr, Sand- Werkzeug, Wäsche- u. Feld- und Gartengeschirr.
Liebhaber ladet höflichst ein
A. Hirschmann, Auktionator.

Pfannkuch & Co

Neue
Egypter Zwiebeln
Pfd. **7** Pfg.
10 Pfd. **65** Pfg.

Frische Holländer
Schlangenkurken
St. **28 u. 30** Pfg.

Neue
Bismarck-Heringe
Stück **10** Pfg.
die 4 Liter Dose Mk. **2.60**

Neue
Matjes-Heringe
Stück **10** Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekanntesten
Verkaufsstellen.

Gold-Schnipfel, 2-3 Pfg.
Jou-Jou, 2-5 Pfg.
Reuchlin, 2-10 Pfg.
Perle von Baden
2-5 Pfg.

sind unsere aus besten oriental. Tabaken hergestellten **trustreien** Cigaretten. 1531

Cigaretten-Fabrik Romania
Schmloviel, G. m. b. H.
Karlsruhe i. B.

Billiges Angebot!
Kostüme M. 7.50 an
Mäntel M. 4.50 an
Leinen M. 3.50 an
Hüfte M. 3.90 an
Staubmäntel M. 2.90 an
Kostüm-Röcke M. 2.90 an
Blusen, weiß u. f. M. 1.75 an
Damenhemden M. 1.95 an
Damenhosen M. 1.95 an
Untertailen M. 1.75 an

Wilhelmstr. 34, 1 Et.
Keine Ladenbesen. 1631

HEILT!
Ziehung sicher 12. Juli
Wohlfahrts-Lotterie!
2029 Gew. i. Gesamtw. v.
12 000 Mk.
Hauptgewinn
3 000 Mk.
Ofenburger Jubiläums-Lotterie
Ziehung am 28. Juli
Gesamtwert d. Gewinne
30 000 Mk.
Hauptgewinn
6 000 Mk.
Wohlfahrts-Lose à 50 P.
11 Lose 5 Mk.
Ofenburger-Lose à 1 Mk.
11 Lose 10 Mk.
Porto und Liste je 25 P.
empfiehlt 1558

J. Stürmer
Lotterie-Unternehmer
Filiale: Kohl a. Rh., Hauptstr. 47.
In Karlsruhe: Carl Götz,
Rebelstr. 11/15, Gebr. Ehringer,
Kaiserstr. 60, Werner &
Wehler, Erbprinzenstr. 29.

beim
darü
ander
nach
Reda
novell
gegen
zweck
ohn
dem
licht
9
„Wett
Zeuge
Straf
Es b
Gagen
Zeugn
berfü
mehrf
e imm
sich n
gleich
Frau
Mann
stamm
trieb u
hat die
Anlag
Unter
spielte
meist a
diese
ohne n
Zuwele
angerec
murdem
nach o
ausgefi
berpfäm
von 1.0
a e n t,
wurden
Person
mildern
lassen u
anwal
Betrag
Geldstr
mellen
schle
300 M
wurde a

W
Stra
wie or
garten
bratmete
meinde



Ant. Ges
19

Hierzu
zahlreicher

NB. S

Freie

Das a

findet nun
nochmals
und der Um
1858

Ausged
kauft zu h
Rudolf Ga

Gerichtszeitung.

Ein interessantes Urteil fällt ein Amtsrichter in Schillingheim bei Straßburg. Ein Redakteur verweigerte die Auskunft darüber, ob ihm ein Artikel angeboten worden sei, der in einer anderen Zeitung erschienen war. Der Amtsrichter lehnte es nach der „Frankf. Ztg.“ ab, Zeugniszwangsregeln gegen diesen Redakteur zu ergreifen, mit der Begründung, daß die Gesetzesnovelle zu Recht eine Einschränkung des Zeugnisverfahrens gegen die Redakteure vorsehe. Solche Maßnahmen seien auch zwecklos, weil die Betroffenen sie stets über sich ergehen lassen, ohne sich zu einer veränderten Auffassung zu bequemen. Zudem liege es nicht im Sinne des Gesetzgebers, an sich unbeteiligte Redakteure für andere bürgen zu lassen.

Neunhundert Prozent Zinsen für ein Darlehen. Aus der Welt, in der man sich nicht langweilt, rekrutierte sich die Zeugnishaft, die fast eine ganze Woche hindurch vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu erscheinen hatte. Es befanden sich darunter „Schauspielerinnen“ mit kleinen Sägen und großen Beizeln von gut situierten Verehrern. Diese Zeuginnen haben teilweise Reispferde im Tatterjall stehen und verfügen über sieben- bis achtzimmrige Wohnungen und ein mehrstöckiges Dienstpersonal, kamen aber trotzdem mehr als einmal in die Lage, zum Geldverleiher gehen zu müssen, um sich neue „handbesagene“ Garderobe, Schmuckstücke und dergleichen anschaffen zu können. Auf der Anklagebank saßen eine Frau Emilie Schmidt und deren um viele Jahre jüngerer Mann, der die Gattin inzwischen verlassen hat. Das Ehepaar stammt aus Forstheim, wo es einen Juwelenhandel betrieb und ist vor einigen Jahren nach Berlin übergesiedelt. Hier hat die Frau in erster Reihe eine Tätigkeit entwickelt, die die Anklage wegen Wuchers, versuchten Betrugs und Unterschlagung gezeitigt hat. Die angeklagte Frau Schmidt spielte gewissermaßen den Bankier für die „Damen“, die zuweilen aus ganz kleinen häuslichen Verhältnissen stammen. Wenn diese Damen zu „Mutter Schmidt“ gingen, so erhielten sie nicht ohne weiteres die verlangte Summe, sondern sie mußten Juwelen mit annehmen, die ihnen zu einem weit höheren Preis angekauft wurden, als sie wert waren. Auf die Darlehen wurden horrenden Zinsen berechnet; die Summen wurden stets nach oben abgerundet und über das Ganze mußten Wechsel ausgestellt, daneben im Notfalle auch die Wohnungseinkünfte verpfändet werden. In den meisten Fällen kam ein Zinssatz von 100 Prozent, in vielen aber von 200 bis 240 Prozent, in zwei Fällen sogar von 900 Prozent heraus. Es wurden teils die Notlage, teils der Reichthum der betreffenden Personen ausgenutzt. Der Staatsanwalt rechnet der Frau mildere an, daß ihr Mann sie mit sieben Kindern hätte sitzen lassen und sie sich habe über Wasser halten müssen. Der Staatsanwalt beantragte unter Freisprechung von der Anklage des Betrugs und der Unterschlagung je 2 Jahre Gefängnis, 300 M. Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust. Das Gericht kam aus formellen Gründen zur Freisprechung des Ehemanns und berurteilte Frau Schmidt wegen Wuchers zu 8 Monaten Gefängnis, 300 M. Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust. Die Angeklagte wurde aus der Haft entlassen.

tatlose Unterhandlungen getreten, sodas die Gemeinde gezwungen war, das Enteignungsverfahren zu beantragen. Am letzten Mittwoch waren nun der Landeskommissar aus Karlsruhe, Bürgermeister Herbst von Hochstetten und Grundbuchbeamter Arnold von Ettlingen hier. Das Resultat war, daß Rißm 80 Quadratmeter Straßengelände abtreten muß, wofür ihm die Gemeinde pro Quadratmeter 5 M., im ganzen 400 M., zahlen muß; hierbei ist jede Entschädigung inbegriffen. Rißm hat das Recht, innerhalb 2 Monaten gegen dieses Urteil zu klagen. Der Gemeinderat hat diesem Urteil seine Zustimmung erteilt, denn es entspricht dem Angebot, das die Gemeinde wiederholt gemacht hat. Die Nachbarsgrundstücke wurden schon längst erworben den Quadratmeter zu 1,50 M. und 2 M. nebst Entschädigung für Bäume und Pflanzen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 28. Juni.

Kinematographenvorstellung. Die dieser Tage angeforderte Kinematographenvorstellung mußte wegen der auf nächsten Mittwoch angelegten Parteiversammlung auf Donnerstag, den 3. Juli 1913, abends halb 9 Uhr, verlegt werden. Sie findet im Residenztheater Waldstraße, statt. Das Programm ist das nachstehende: Kochet einer Wasser; Hochschotland; Aufstieg in die Nordalpen; die Zeit; Fensterglasfabrikation; Streichholzfabrikation; Quer durch Norwegen; Kohlbrennerei der Bretagne. Bekannte Insekten-Experimente mit dem Hebel; Anichten vom Kaufhaus. Jeder Besucher kann das Theater betreten und verlassen wann er will, er kann also auch vor und nach der Spezialvorstellung das zugeteilte Programm sehen und hat außerdem das Recht, wenn er an dem betreffenden Abend verhindert ist, das Theater an einem anderen Tage zu besuchen. Das Billet kostet 30 Pf. und berechtigt zu jedem Platz. Der Bildungsausschuß.

Der Geschäftsbericht des städtischen Arbeitsamt Karlsruhe für das Jahr 1912 läßt erkennen, daß die günstige Befahrung des Arbeitsmarktes in den Jahren 1910 und 1911 auch im letzten Jahre eine befriedigende Weiterentwicklung genommen hat. Industrie und Handwerk waren durchaus genügend beschäftigt. Nur wenige Zweige machten hieron eine Ausnahme. Recht günstig waren die Verhältnisse im Baugewerbe, das durch größere Neubauten des Staates, der Stadt und einiger Geschäftshäuser zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten bot. Dies war um so erfreulicher als die private Bautätigkeit infolge der Schwierigkeit der Geldbeschaffung immer noch sehr flau war. Seit dem Jahre 1908, in dem die Zahl der Arbeitslosen noch 472 betrug, ist diese Zahl ständig zurückgegangen; bei der Arbeitslosenrechnung am 7. Dezember 1912 wurden 145 Arbeitslose ermittelt. Insgesamt wurden von 46 443 offenen Stellen in Karlsruhe 30 112 beim Arbeitsamt angemeldet. Unter den verschiedenen Stellungsanmeldungen nimmt das städtische Arbeitsamt Karlsruhe die erste Stelle ein. In den letzten 6 Jahren hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden nahezu verdoppelt, während sich die Zahl der Einstellungen verdreifacht hat.

Grundbesitzwechsel und Bautätigkeit im Monat Mai 1913. Es wurden 50 (1912: 50) Liegenschaften im Gesamtwert von 663 190 M. (539 945 M.) verkauft. Davon sind 9 (10) mit einem Wert von 446 700 M. (397 379 M.) bebaut, 37 (40) mit einem Wert von 168 490 M. (142 566 M.) unbebaute Grundstücke, und 2 (—) bebaut Grundstücke wurden zusammen mit 2 (—) unbebauten verkauft im Gesamtwert von 48 000 M. (— M.). Unter den unbebauten Grundstücken befinden sich 15 (22) Bauplätze im Wert von 137 260 M. (104 815 M.) —

Baugenehmigungen wurden 104 (79) erteilt, darunter für Wohngebäude 22 (15). Bauabnahmen fanden 9 (53) statt, darunter für Wohngebäude 6 (35), davon in der Gartenstadt — (31).

Fleischversorgung im Monat Mai. Zu den Viehmärkten im städtischen Viehhof wurden 302 (1912: 291) Ochsen, 130 (139) Kühe, 142 (176) Rinder, 118 (196) Ferkeln, 955 (1303) Kälber, 4442 (4778) Schweine und 60 (141) Hammel aufgetrieben. Von dem aufgetriebenen Vieh waren eingeführt aus Dänemark: 1 Ochse, aus Schweden: 5 Ochsen, 2 Kühe, 35 Rinder, 13 Ferkeln (1912: —). — Geschlachtet wurden 242 (1912: 291) Ochsen, 185 (187) Kühe, 96 (101) Rinder, 130 (195) Ferkeln, 989 (1549) Kälber, 3170 (3687) Schweine und 63 (153) Hammel. Das Schlachtgewicht betrug für Ochsen 72 288 Kilogramm (1912: 82 233), Kühe 41 027 Kilogr. (39 327), Rinder 20 501 Kilogr. (19 736), Ferkeln 47 808 Kilogr. (64 753), Kälber 37 582 Kilogr. (58 862), Schweine 265 070 Kilogr. (265 464) und Hammel 1576 Kilogr. (3825). Das Gesamtschlachtgewicht war 447 863 Kilogr. (1912: 535 159), darunter Kleinvieh mit 265 344 Kilogramm (329 110). Die der Fleischschau unterworfenen Fleisch-einfuhr betrug 128 972 Kilogr. (1912: 64 167), davon stammten aus dem Auslande, und zwar aus: Holland 87 632 Kilogr., nämlich 31 153 Kilogr. Rindfleisch, 53 526 Kilogr. Kalbfleisch, und 2953 Kilogr. Hammelfleisch (1912 aus dem Auslande 13 524 Kilogr., und zwar aus Dänemark 4582 Kilogr. Rindfleisch und 399 Kilogr. Kalbfleisch, aus Holland 8543 Kilogr. Kalbfleisch).

Geschäftliches.

Engros. Julius Strauß, Karlsruhe. En détail. Größtes Spezialgeschäft in Vegetarischen, aller Arten Vegetarischen, Pastamentieren, Spigen, Knöpfen, Weißwaren, Hand-schuhen, Strümpfen, Kravatten, Fächern, große Auswahl in Nischen-Boas, modernen, schwarzen Spigen-umbhängen. Ständiger Eingang von Neuheiten. — Telefon 372. — Blusen, Unterwäsche usw. sehr preiswert.

Schwaben, Russen und alle sonstigen ekelhaften Balkan-Käfer vertilgt **Zirpilin!** Zu haben in allen Drogerien. Lassen Sie sich nichts anderes aufhängen. 799

Briefkasten der Redaktion.

R. W., Verhausen. Versuchen Sie, eine Änderung durch eine Eingabe an die Oberdirektion des Wasser- und Straßengewässers zu erzielen. Wir sind Ihnen auf Wunsch dabei gerne behilflich.

W. A., Bretten. Ein Anspruch auf Unfallrente kann nur geltend gemacht werden aus einem Unfall, der beim Betriebe sich ereignet hat. Wie aus Ihrem Schreiben hervorgeht, ist die Operation aber nicht infolge eines Unfalls, sondern infolge einer Fingererkrankung notwendig geworden. Der Verlust eines oder auch zweier Glieder des rechten Zeigefingers kann auch keinen Anspruch auf Invalidenrente rechtfertigen, da Invalidenrente nur gewährt wird, wenn die Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel herabgemindert ist. Das ist aber beim Verlust eines Teils des rechten Zeigefingers nicht der Fall.

H. S., Oppenau. Wir raten Ihnen, sich mit einer Beschwerde an das Bezirksamt zu wenden.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten und Feuilleton: Wilhelm Koll; für den übrigen Teil: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger; alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Aus dem Lande.

Müsch, 26. Juni. Im Jahre 1902 wurde die Forstheimer Straße in den Ortplan aufgenommen. Dies wurde damals wie ortsüblich bekannt gemacht. Gleichzeitig erwarb der Hofgartenwächter Anton Rißm ein Grundstück zu 90 Pf. pro Quadratmeter, über welches diese Straße führen sollte. Die Gemeinde ist diesbezüglich wiederholt mit Herrn Rißm in ver-

Grosser Ausverkauf
Wegen hantlicher Veränderung des Ladens Kaiserstr. 62
soll das bedeutende Warenlager, bestehend aus:
mehreren 100 Herren-, Burschen- und Knaben-Anzügen
mehreren 100 Paletots, Ulsters und Capes
mehreren 100 Stoffhosen, Kammgarnhosen und Zeughosen
mehreren 100 Lüster und Leinenjoppen
Waschanzügen, Arbeitskleidern etc.
baldigst geräumt werden und geben wir sämtliche Waren zu weit herabgesetzten Preisen ab.
Welthaus Kaiserstr. 62 Ornstein & Schwarz.

Büro Rechtsanwält Fröhau
ab 1. Juli
Kaiserstrasse 158
gegenüb. d. Hauptpost, im Hause der Firma Otto Büttner.

Arb.-Ges. Gleichheit
Sonntag, den 6. Juli d. J., findet unser diesjähriger **Bereins-Ausflug** ins Murgtal (Weisenbach-Horbach-Bermersbach) statt. Für Frühstück ist Mundvorrat mitzunehmen. Mittagessen in Bermersbach. Bitte zum Einzeichnen liegt im Lokal, sowie während der Eingangsstunden auf. Fahrpreis etwa 2 Mark. Abfahrt 7^{1/2} Uhr vom Hauptbahnhof.
Hierzu laden wir unsere Mitglieder nebst Angehörigen zu zahlreicher Beteiligung freundlichst ein.
Der Vorstand.
NB. Heute Abend punkt 1/9 Uhr Sängerverammlung im Lokal.
Freie Turnerschaft und Wahlverein Wöschbach.
Das am Sonntag infolge ungünstiger Witterung ausgefallene **Gartenfest** findet nun am Sonntag, den 29. Juni statt und laden wir nochmals sämtliche Freunde und Gönner unserer Sache von hier und der Umgebung freundlichst ein.
Der Turnrat.
Wilhelmstr. auf 1. Okt. febl. Winter-Wohng. II. Stock, 2 Zimmer mit Gas etc. an kleine Familie zu vermieten; näh. Kurvenstraße 15 II. 1851
Ausgekämmte Haare Rudolf Gattner, Schützenstr. 53

Konsumverein für Baden-Baden und Umgebung. G. G. m. b. H.
Der Konsumverein eröffnet am Montag, den 30. Juni in Lichtental, Gustav Strohhofstr. 10, eine weitere Verkaufsstelle.
Der Konsumverein besteht seit Anfang 1912. Mitgliederzahl 15. Juni 1913: 471. Umsatz II. Vierteljahr 1913 ca. 24 000 M. (gegen ca. 15 000 M. im II. Vierteljahr 1912).
Der Konsumverein liefert alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände gut und billig. — Neuerdings z. B. auch Kohlen und Bricketts. (Beste, nachgeforderte Ruhrkohlen II. ungemischt und vollgewogen, zu 1,50 M., Bricketts „Union“ zu 1,15 M. per Zentner frei Keller).
Der Konsumverein bezieht und liefert alle Waren nur gegen bar. Wer den Umfang und die Nachteile des Bergquittens kennt, wird den hohen wirtschaftlichen und ersparerischen Wert dieser Einrichtung zu schätzen wissen.
Der Konsumverein liefert nur an Mitglieder. — Einmaliger Einkauf jedoch ist auch vor Erwerbung der Mitgliedschaft gesellig erlaubt. — Mitglied wird man durch Zeichnung eines Anteils in Höhe von 30 M., die ratenweise bezahlt werden können. Beim Ausscheiden aus der Genossenschaft wird die auf Anteil einbezahlte Summe zurückerstattet. — Nähere Auskunft sowie Satzungen und Beitrittsklärungen kostenlos erhältlich in unseren Geschäften.
Büthenstr. 11 und Gustav Strohhofstr. 10
Telefon 322. 1849

Milch-Zentrale
des landwirtschaftl. Genossenschaftsverbandes
Lauterbergstr. 3 Karlsruhe Telefon 279
offert billigste Lieferung von
I. Tafelbutter per Pfd. 1.40 M.
Bei 10 Pfd. Abnahme bedeutende Ermäßigung.
II. Qualität Butter 1.20 M. per Pfd.
Magermilch 10 Pfg. per Liter,
Sauermilch und Buttermilch 10 Pfg. per Liter,
Weiße Käse und Trinkeier,
Vollmilch, offen 24 Pfg., in Flaschen 26 Pfg.
Alles frei ins Haus geliefert. 1766
Milch-Zentrale
Lauterbergstr. 3 Karlsruhe Telefon 279.
Trauringe in allen Preislagen
Heinrich Niessing
Gaggenau, Hauptstr. 59
gegenüber den Eisenwerken.
Künstl. Zähne
Reparaturen, Umarbeitungen,
schmerzlos, Zahnoperationen
Sorgfältigste Arbeiten.
Zivile Preise.

Der Konsumverein für Baden-Baden und Umgebung: Vorstand und Aufsichtsrat.
Deffentl. Konsumenten-Versammlungen
finden am Samstag, den 28. Juni 1913, abends 1/9 Uhr im „Grünen Baum“ in B.-Lichtental und am Sonntag, den 29. Juni, nachmittags 1/4 Uhr im „Auerhahn“ in Geroldsau statt.

Fritz Stedle, Rastatt
Kaiserstrasse 32.

Gravieren gratis. 51
Fritz Stedle, Rastatt
Kaiserstrasse 32.

95 TAGE 95

Auf
alle Waren
**Rabatt-
Marken**
außer Markenartikel
und Nähgarne.

Schriftliche oder telephonische Aufträge
werden schnell und prompt erledigt.
Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Besichtigung sämtlicher ausgelegten
Artikel ohne jeden Kaufzwang.
Verkauf nur so lange Vorrat!

Manufakturwaren

- 12 Poliertücher 95 ₰
- 6 Handtücher, graurot od. weißrot, zus. 95 ₰
- 6 Gläsertücher 95 ₰
- 6 Putztücher 95 ₰
- 5 Staub- u. 5 Poliertücher . . . zus. 95 ₰
- 3 Wachstumswandschoner 95 ₰
- 3 Wachstumsläufer, 40/120 cm . zus. 95 ₰
- 2 gehäkelte Deckchen, 35/35 cm u. 1 Läufer, 35/150 cm zusammen 95 ₰
- 2 gehäkelte Milieux, 55/55 cm . . . 95 ₰
- 2 Paar Brise-Bise, weiß oder crème 95 ₰

2 Putztücher, 2 Spültücher } zus. 95 ₰
2 Poliertücher, 2 Topflappen }

- 1 weißes Tischtuch 95 ₰
- 1 Kaffeedecke in verschied. Mustern . 95 ₰
- 1 Künstler-Milieux 95 ₰
- 1 Wachstumstischdecke 95 ₰
- 1 gehäkelte Kommodendecke 95 ₰
- 1 Biberbettuch, weiß oder bunt . . . 95 ₰
- 1 Pfd. Bettfedern 95 ₰
- 1 Bettvorlage, zweiseit., Perserimitation 95 ₰
- 1 Linoleumvorlage 95 ₰
- 1 Japanmatte 95 ₰
- 1 Paar Brise-Bise aus Ia Tüll mit Stängchen zusammen 95 ₰
- 1 Kopfkissen mit imit. Klöppel- oder Stickerereinsatz oder Bogen 95 ₰
- 1 Sofakissen 95 ₰
- 1 Stuhlkissen mit Volant 95 ₰
- 2 Meter Tailenfutter ca. 100 cm breit 95 ₰
- 2 Meter Bodenläufer 95 ₰
- 1 Meter Linoleum, 67 cm breit 95 ₰
- 1 Meter Wachstumstuch 95 ₰
- 1 Meter breite Tüllgardinen, neue, streng moderne Dessins 95 ₰
- 1 Meter Bettdamast, ca. 130 cm breit 95 ₰
- 1 Mtr. altgold Vorhangstoff, 130 cm br. 95 ₰
- 1 Mtr. Bettuchhalbleinen, ca. 160 cm br. 95 ₰
- 1 Meter Cheviot, reine Wolle 95 ₰
- 1 Meter Wollmousseline 95 ₰
- schmale Tüllgardinen, nach Wahl, 4, 3 oder 2 Meter 95 ₰
- Mousselin-Imitat, 3 oder 2 Meter . . 95 ₰

1 Riesenposten **Reste u. Coupons** in Sportposten, flanel, Hemdenbarchent, Schürzenstoff, Weißwaren, Waschstoffen etc. in Längen von 1 1/2 bis 4 Meter Rest 95 ₰

Taschentücher

- 1 Dtzd. Taschentücher, weiß, gebrauchsfertig 95 ₰
- 1/2 Dtzd. Taschentücher, weiß m. farb. Rand 95 ₰
- 1/2 Dtzd. Taschentücher, weiß Batist mit Hohlraum 95 ₰
- 1/2 Dtzd. Taschentücher, weiß Batist mit Buchstaben 95 ₰
- 3 Stück Madeira-Taschentücher mit handgest. Ecke u. 1 Fl. Eau de Col., zus. 95 ₰
- 1 Madeira-Taschentuch, rein Leinen, m. handgestickter Ecke 95 ₰
- 1 Dtzd. Bilder-Taschentücher 95 ₰
- 1 Dtzd. Linon-Taschentücher, weiß mit farbigem Rand, für Kinder . . 95 ₰
- 1/4 Dtzd. farbige Taschentücher . . . 95 ₰

Herren-Artikel

- 3 Steh- oder Stehumlegekragen . . . 95 ₰
- 3 Serviteurs, glatt oder mit Falten . . 95 ₰
- 3 Paar Manschetten, 4 fach 95 ₰
- 2 farbige Garnituren, bestehend aus Serviteur und Manschetten 95 ₰
- 1 Westengürtel, schwarz oder blau mit weißen Tupfen 95 ₰
- 1 eleg. Spazierstock aus Malacarohr 95 ₰
- 2 Paar Hosenträger 95 ₰

Großer **Krawatten** mod. Formen Posten und Farben darunter Diplomes, Regattes, Selbstbinder Serie I 95 ₰ Serie II 95 ₰ Serie III 95 ₰ 3 Stück 2 Stück 1 Stück

Konfektion

- Batistblusen mit Stickerereinsatz Stück 95 ₰
- Hausblusen, farbig, reich garn. Stück 95 ₰
- Knaben-Waschhosen Stück 95 ₰
- Kinderkleidchen aus hübschen Waschstoffen Stück 95 ₰
- Waschunterröcke, schwarz-weiß gestreift Stück 95 ₰

Handarbeiten

- Ueberhandtücher für Küche u. Zimmer, gezeichnet u. gestickt Stück 95 ₰
- Sofakissen, grau Halbleinen, gezeichnet und gestickt Stück 95 ₰
- Waschgarnituren, gestickt Stück 95 ₰
- Wäschebeutel, gezeichnet u. gest. Stück 95 ₰
- Tischläufer, gezeichnet u. gestickt Stück 95 ₰
- Wandschoner, gezeichnet u. gest. Stück 95 ₰
- Milieux, gezeichnet und gestickt Stück 95 ₰
- Kartonnagen für Kragen, Manschetten und Taschentücher Stück 95 ₰

Schuhwaren

- Damen-Hausschuhe, punktierter Samt, Ledersohle u. Absatzfleck, Lackspitze Paar 95 ₰
- Damen-Hausschuhe, blau Tuch, mit Ledersohlen und Absatzfleck . Paar 95 ₰
- Damen-Hausschuhe, Stramin, mit Ledersohlen und Absatzfleck . Paar 95 ₰
- Damen-Reiseschuhe, imit. Leinen, mit Cordelsohlen, grau und blau, Paar 95 ₰
- Damen-Reiseschuhe, Melton, mit Cordelsohlen Paar 95 ₰
- Turnschuhe, weiß, Größe 36-46, Paar 95 ₰
- Herren-Hausschuhe, blau Tuch, Ledersohlen u. Absatzfleck, Gr. 42-47, Paar 95 ₰
- Herren-Hausschuhe, Stramin, Ledersohlen und Absatzfleck Paar 95 ₰
- Kinder-Stoffsandalen, Ledersohlen, Absatzfleck und Ledergarnitur. Paar 95 ₰
- „Baby“-Stiefel, Glaceluder, weiß und farbig Paar 95 ₰
- 3 Paar Gummiabsätze für Damen zus. 95 ₰
- 2 Paar Gummiabsätze für Damen nach Absatzform zusammen 95 ₰
- 3 große Dosen Schuhcreme und 1 Auftragsbürste zus. 95 ₰

Galanterie- und Leder-Waren

- 1 Reisehandtasche, braun Kunstleder 95 ₰
- 1 moderne Besuchstasche 95 ₰
- 1 Briefftasche mit Füllfederhalter . . 95 ₰
- 1 Karton mod. Leinenbriefpapier, 50 Bogen mit Couverts 95 ₰
- 12 Rollen Klopsettpapier zus. 95 ₰
- 1 Postkarten-Album für 300 Karten . 95 ₰
- 1 Photographie-Album 95 ₰
- 1 Papierkorb aus gemust. Lincrusta . 95 ₰
- 2 Metallbilderrahmen, Visit zus. 95 ₰
- 3 Holzbilderrahmen, versch. Größe, zus. 95 ₰
- 1 Rocknadel, echt Tulla od. 800/100 Silb. 95 ₰
- 1 Damenuhrkette, vergoldet 95 ₰
- 1 Zigaretten-Etui 95 ₰
- 1 Feueranzünder, Nickel 95 ₰
- 1 japanischer Dekorationsfächer . . 95 ₰
- Portemonnaies für Herren u. Damen, Leder Stück 95 ₰

Wirtschafts-Artikel

- 1 Bundform, 26 cm 95 ₰
- 1 Blumengitter, groß 95 ₰
- 1 Topflappenkasten } zusammen 95 ₰
- 1 Zwiebelkasten }
- 1 Seife-, Sand-, Soda-Gestell 95 ₰
- 1 Kassetten mit Einsatz 95 ₰
- 1 Kaffee- und Zuckerdose zusam. 95 ₰
- 1 Klopsettpapierhalter mit Papier, zus. 95 ₰
- 1 Bürstenhalter mit 5 Spüllbürsten, zus. 95 ₰
- 1 Gebäckkasten, lackiert 95 ₰
- 1 Kuchenblech mit Springblech . . . 95 ₰
- 1 Fliegenschrank 95 ₰
- 1 Brotkapsel, lackiert 95 ₰
- 1 Kaffeemühle, gutes Werk 95 ₰
- 1 Omelettepfanne, groß 95 ₰
- 1 Wäscheleine 95 ₰
- 1 Marktkorb, groß 95 ₰
- 3 Paar Bestecke zusammen 95 ₰
- 8 Eßlöffel, Aluminium zusammen 95 ₰
- 12 Kaffeelöffel 95 ₰
- 1 Gasschlauch, verzinkt 95 ₰
- 1 Blumengießkanne, lackiert 95 ₰
- 1 Waschbrett, extra stark 95 ₰

Ein **Markttaschen** gute Qualität Stück 95 ₰

Emaillie-Waren

- Fleischtöpfe, 24 cm Stück 95 ₰
- Fleischtöpfe, 22 cm mit Deckel Stück 95 ₰
- Seife-, Sand-, Sodagestell Stück 95 ₰
- Fettlöffelbleche Stück 95 ₰
- Toiletteimer, 24 cm, mit Deckel . . 95 ₰
- Wassereimer, dekoriert Stück 95 ₰
- Waschbecken, groß Stück 95 ₰
- Waschkübel, groß Stück 95 ₰
- Nudelpfannen, 12, 16 und 18 cm, zus. 95 ₰
- Kaffeekannen, groß Stück 95 ₰
- 1 Kaffee- und 1 Milchkanne zus. 95 ₰

Emaillie-Waren

- Salatseier Stück 95 ₰
- Bundformen Stück 95 ₰
- Zwiebelkasten, weiß Stück 95 ₰
- Schüsseln, rund, 16, 20, 24 u. 28 cm zusammen 95 ₰
- Wasserbecher mit Konsole 95 ₰
- Essenträger, groß Stück 95 ₰
- Wannen, oval oder rund, groß . . . 95 ₰
- Salz- und Mehlmetze zusammen 95 ₰
- Milchträger, groß Stück 95 ₰

Aluminium

- Maschinentöpfe mit Ausguß, 14 und 18 cm Stück 95 ₰
- Fleischtöpfe, groß 95 ₰
- Schmortöpfe, 20 cm 95 ₰
- Wasserkessel Stück 95 ₰
- Milchkübel, 1 Ltr. Stück 95 ₰
- Omelettepfannen, 24 cm Stück 95 ₰
- Kasserolle mit Stiel, 18 cm Stück 95 ₰
- Gaskochtöpfe, 18 cm Stück 95 ₰
- Nudelpfannen, 18 cm Stück 95 ₰
- Milchkocher, 14 cm Stück 95 ₰
- Konsole mit Becher Stück 95 ₰
- Kranzformen, 20 cm Stück 95 ₰
- Zwiebelkasten Stück 95 ₰
- Essenträger, groß Stück 95 ₰

1 **Spirituskocher** mit Regulier-Schraube 95 ₰

1 verzinkte Wanne, groß 95 ₰
1 Zinkeimer, 30 cm 95 ₰

Diverses

- 1 Likör-Service mit Tablett 95 ₰
- 1 Eier-Service mit Tablett 95 ₰
- 1 Rauchservice, modern 95 ₰
- 1 Schreibgarnitur, 3teilig 95 ₰
- 1 Brotkorb mit Majorika-Einlage . . . 95 ₰
- 1 Zuckerschale mit Henkel 95 ₰
- 1 Tortenplatte mit vernickeltem Rand 95 ₰
- 1 Menage, 5teilig 95 ₰
- 1 Blumenvase mit Blumen, zusammen 95 ₰
- 1 Buttermenage mit Tablett 95 ₰
- 2 Vasen mit Jardiniere zusammen 95 ₰
- 1 Blumenampel mit Kette 95 ₰
- 1 Weinkühler, vernickelt 95 ₰
- 1 Rasiergarnitur, komplett 95 ₰
- 1 Hausapotheke 95 ₰
- 1 Kleiderbürste mit Brett 95 ₰
- 1 Handtuchhalter mit Spruch 95 ₰
- 1 Kleiderleiste 95 ₰
- 10 Einmachgläser, 1 Liter, zusammen 95 ₰
- 5 Bier- u. 5 Teebecher zusammen 95 ₰
- 1 Gemüseschüssel, m. 6 Tellern zus. 95 ₰
- 6 Weingläser zusammen 95 ₰
- 2 Pakete Kerzen zusammen 95 ₰
- 4 Teetassen mit Untertass. zusammen 95 ₰
- 1 gr. Suppenschüssel m. 4 Teller zus. 95 ₰
- 1 Posten moderne Figuren Stück 95 ₰
- 1 hübsche Palme m. Kübel zusammen 95 ₰

Schmoller